Landkreis Schwäbisch Hall

Jahresabschluss 2013
des Landkreises Schwäbisch Hall

www.kreishaushalt-sha.de

Inhaltsverzeichnis

1 Allgemeines ... 3

2 Aufstellung des Jahresabschlusses ... 4

3 Ergebnisrechnung ... 6

3.1 Ergebnisquerschnitt nach Teilhaushalten ... 7

3.2 Feststellung und Aufgliederung des Jahresergebnisses ... 8

3.3 Erläuterungen zu den Positionen der Gesamtergebnisrechnung (s. Anlage 1) ... 9

3.3.1 Erträge ... 9

3.3.2 Aufwendungen ... 14

3.4 Nettoressourcenverbrauch der Teilhaushalte ... 19

4 Finanzrechnung ... 28

4.1 Finanzquerschnitt nach Teilhaushalten ... 28

4.2 Übersicht über alle Investitionen ... 29

4.3 Anlagenübersicht ... 31

4.4 Schuldenübersicht ... 32

5 Vermögensrechnung (Bilanz) vom 01.01. – 31.12.2013 ... 33

5.1 Erläuterungen zu einzelnen Bilanzpositionen ... 36

5.2 Buchungen 2013 gegen das Basiskapital ... 50

6 Rechenschaftsbericht § 54 GemHVO ... 52

7 Anhang ... 53

7.1 Ergänzende Erläuterungen gem. § 53 GemHVO ... 53

7.1.1 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ... 53

7.1.2 Abweichungen von den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ... 54

7.1.3 Angaben über die Einbeziehung von Zinsen für Fremdkapital in die Herstellungskosten ... 55

7.1.4 Anteil des Landkreises Schwäbisch Hall an den beim Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg (KVBW) gebildeten Pensionsrückstellungen ... 55

7.1.5 Verwendung liquider Mittel zur Finanzierung der Investitionen ... 55

7.1.6 Übertragene Ermächtigungen (Haushaltsübertragungen) ... 56

7.1.7 Nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigungen ... 56

7.1.8 Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre (§ 42 GemHVO) ... 56

7.2 Organe des Landkreises ... 58

7.3 Vermögensübersicht 59
7.4 Forderungsübersicht 60
7.5 Übersicht über- und außerplanmäßige Ausgaben über 25.000 € 61
8 Regiebetrieb „Klinikimmobilien des Landkreises Schwäbisch Hall“ 63
8.1 Abschluss und Lagebericht 2013 63
9 Anlagen 68

1 Allgemeines

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 20.10.2009 der Umstellung der Haushaltswirtschaft auf das Neue Kommunale Haushaltsrecht zum 01.01.2011 zugestimmt. Der erste Haushaltsplan im Umstellungsjahr 2011 wurde in kameraler und doppischer Form aufgestellt und vom Kreistag am 21.12.2010 beschlossen.

Am Ende eines jeden Haushaltsjahres ist gemäß § 95 GemO i. V. m. § 48 LKrO ein Jahresabschluss aufzustellen. Er besteht aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung und der Vermögensrechnung (Bilanz).

Die **Ergebnisrechnung** zeigt den Ressourcenverbrauch auf, sie ist mit einer handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung vergleichbar. Sie enthält die dem Rechnungsjahr zuzuordnenden Erträge und Aufwendungen.

In der **Finanzrechnung** sind alle tatsächlichen Ein- und Auszahlungen des entsprechenden Jahres aufgeführt. Sie bildet neben den Ein- und Auszahlungen für den laufenden Betrieb die Investitions- und Finanzierungstätigkeit des Landkreises ab. Hier ist auch der Liquiditätsstand des Landkreises zum Jahresende ersichtlich.

Aus der **Vermögensrechnung** (Bilanz) gehen Mittelverwendung und Mittelherkunft hervor. Es handelt sich um eine Gegenüberstellung von Vermögen und Schulden. Die Eröffnungsbilanz wurde zum 01.01.2011 erstellt und vom Kreistag im Dezember 2013 beschlossen. Sie ist Grundlage für alle folgenden Rechnungsabschlüsse.

Der erste doppische Jahresabschluss 2011 wurde am 16.12.2014 durch den Kreistag festgestellt. Im Kreistag am 19.05.2015 erfolgte die Feststellung des zweiten doppischen Jahresabschlusses 2012. Die Landkreisverwaltung arbeitet nun intensiv die noch ausstehenden Jahresabschlüsse auf.

Im Rahmen der Finanzprüfung im Sommer 2015 wurden durch die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2011 sowie die beiden ersten doppischen Jahresabschlüsse geprüft. Der Prüfbericht lag bis zur Erstellung des Jahresabschlusses 2013 noch nicht schriftlich vor. Die mündlich besprochenen Ergebnisse aus der Prüfung fanden zur zeitnahen Abwicklung bei der Erstellung des Jahresabschlusses 2013 bereits Berücksichtigung.

2 Aufstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss des Landkreises Schwäbisch Hall zum 31.12.2013 gemäß § 95 b Abs. 1 GemO i. V. m. § 48 LKrO wird wie folgt aufgestellt:

1. Ergebnisrechnung

1.1	ordentliche Erträge	199.872.203,82 €
1.2	ordentliche Aufwendungen	188.789.003,37 €
1.3	**ordentliches Ergebnis**	**11.083.200,45 €**
1.4	Fehlbetragsabdeckung aus Vorjahren	2.217.270,50 €
1.5	**ordentliches Ergebnis nach Fehlbetragsabdeckung**	**8.865.929,95 €**
1.6	außerordentliche Erträge	2.518,21 €
1.7	außerordentliche Aufwendungen	59.167,83 €
1.8	**Sonderergebnis**	**- 56.649,62 €**
1.9	**Gesamtergebnis**	**8.809.280,33 €**

2. Finanzrechnung

2.1	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	191.450.430,44 €
2.2	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	182.797.055,24 €
2.3	**Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**8.653.375,20 €**
2.4	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	552.367,99 €
2.5	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	10.448.344,68 €
2.6	**Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit**	**- 9.895.976,69 €**
2.7	**Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf**	**- 1.242.601,49 €**
2.8	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 €
2.9	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	2.731.479,14 €
2.10	**Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit**	**- 2.731.479,14 €**
2.11	**Änderung des Finanzierungsmittelbestandes**	**- 3.974.080,63 €**
2.12	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	199.898.454,59 €
2.13	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	188.804.519,45 €
2.14	**Überschuss/Bedarf aus haushaltsunwirksamen Vorgängen**	**11.093.935,14 €**
2.15	Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	2.160.339,69 €
2.16	Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln	7.119.854,51 €
2.17	**Endbestand an Zahlungsmitteln zum 31.12.2013**	**9.280.194,20 €**

3. Vermögensrechnung (Bilanz) zum 31.12.2013

In Aktiva und Passiva mit einem

3.1	Anfangsbestand zum 01.01.2013 von	288.352.066,68 €
3.2	Endbestand zum 31.12.2013 von	284.335.611,63 €

4. Rücklagen

4.1	Anfangsbestand zum 01.01.2013	0,00 €
4.2	Endbestand zum 31.12.2013	8.865.929,95 €

5. Rückstellungen

5.1	Anfangsbestand zum 01.01.2013	23.441.754,18 €
5.2	Endbestand zum 31.12.2013	20.900.755,23 €

6. Verbindlichkeiten

6.1	Anfangsbestand zum 01.01.2013	50.407.768,76 €
6.2	Endbestand zum 31.12.2013	44.858.353,50 €

3 Ergebnisrechnung

Gesamtergebnisrechnung			
	Haushaltsansatz	Ergebnis	Abweichung
Ordentliche Erträge	187.146.070,00 €	199.872.203,82 €	12.726.133,82 €
Ordentliche Aufwendungen	179.845.780,00 €	188.789.003,37 €	8.943.223,37 €
Ordentliches Ergebnis	7.300.290,00 €	11.083.200,45 €	3.782.910,45 €
Außerordentliche Erträge	-	2.518,21 €	2.518,21 €
Außerordentliche Aufwendungen	-	59.167,83 €	59.167,83 €
Sonderergebnis	-	-56.649,62 €	-56.649,62 €
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**7.300.290,00 €**	**11.026.550,83 €**	**3.726.260,83 €**

Ausführliche Gesamtergebnisrechnung siehe Anlage 1

Nach Abdeckung der Fehlbeträge aus Vorjahren i. H. v. 2.217.270,50 € beträgt der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses 8.865.929,95 €.

3.1 Ergebnisquerschnitt nach Teilhaushalten

Teilhaushalt	Bezeichnung	Haushaltsansatz	Ergebnis	Abweichung
1 Innere Verwaltung	Ordentliches Ergebnis	-10.473.070 €	-9.736.386 €	736.684 €
	Nettoressourcenbedarf/ -überschuss	-457.170 €	-343.658 €	113.512 €
2 Sicherheit und Ordnung	Ordentliches Ergebnis	-2.027.670 €	-1.450.714 €	576.956 €
	Nettoressourcenbedarf/ -überschuss	-3.519.360 €	-2.860.733 €	658.627 €
3 Bildung und Kultur	Ordentliches Ergebnis	-4.532.190 €	-3.620.089 €	912.101 €
	Nettoressourcenbedarf/ -überschuss	-6.596.372 €	-5.927.204 €	669.168 €
4 Jugend, Soziales und Gesundheit	Ordentliches Ergebnis	-71.575.720 €	-68.854.250 €	2.721.470 €
	Nettoressourcenbedarf/ -überschuss	-75.508.378 €	-72.179.468 €	3.328.910 €
5 Infrastruktur	Ordentliches Ergebnis	-6.774.560 €	-8.269.784 €	-1.495.224 €
	Nettoressourcenbedarf/ -überschuss	-10.858.548 €	-14.505.709 €	-3.647.161 €
6 Umwelt	Ordentliches Ergebnis	-5.558.970 €	-5.539.914 €	19.056 €
	Nettoressourcenbedarf/ -überschuss	-7.307.105 €	-7.174.630 €	132.475 €
7 Abfallwirtschaft	Ordentliches Ergebnis	569.260 €	542.582 €	-26.678 €
	Nettoressourcenbedarf/ -überschuss	-4.577 €	142 €	4.719 €
8 Allgemeine Finanzwirtschaft	Ordentliches Ergebnis	107.673.210 €	108.011.755 €	338.545 €
	Nettoressourcenbedarf/ -überschuss**	107.673.210 €	105.794.485 €	-1.878.725 €
Ordentliches Ergebnis		7.300.290 €	11.083.200 €	3.782.910 €
Nettoressourcenbedarf/-überschuss*		3.421.700 €	2.803.225 €	-618.475 €

* enthaltene kalkulatorische Zinsen: Plan: 3.878.590 €/Ist: 6.062.705 €
Die Abweichung in Höhe von rd. 2,2 Mio. € resultiert aus der neuen Vermögensbewertung. Die Zinsen werden aus einem Durchschnittszinssatz (aus allen Kreditaufnahmen des Landkreises) und dem mittleren Restbuchwert des Vermögens (und der Sonderposten für Investitionszuweisungen) berechnet. Nach Feststellung der EÖB im Dezember 2013 konnte erst im Haushaltsplan 2015 die Planung der kalkulatorischen Zinsen an die Gegebenheiten aus der neuen Vermögensbewertung angepasst werden. Entsprechend wird sich die Abweichung zwischen Plan und Ist voraussichtlich auch erst ab dem Jahresabschluss 2015 verringern.

**Im Nettoressourcenüberschuss des Teilhaushaltes 8 „Allgemeine Finanzwirtschaft“ ist die vollständige Abdeckung der Fehlbeträge aus den Vorjahren 2011 und 2012 mit insgesamt 2.217.270,50 € enthalten.

3.2 Feststellung und Aufgliederung des Jahresergebnisses

Nr.	Behandlung von Überschüssen und Fehlbeträgen * Haushaltsjahr	Sonder-ergebnis EUR 1	Ordentliches Ergebnis EUR 2	Verlustvortrag vom Vorjahr EUR 3	Verlustvortrag vom Vorvorjahr EUR 4	Verlustvortrag vom Vorvorvorjahr EUR 5
1	nachrichtlich: vorgetragene Fehlbeträge aus Vorjahren zu Jahresbeginn			-390.144,77	-1.827.125,73	0,00
2	nachrichtlich: davon bereits im Rahmen des ordentlichen Ergebnisses abgedeckt nach § 49 Abs. 2 i. V. m. § 2 Abs. 1 Nr. 20 GemHVO			-390.144,77	-1.827.125,73	0,00
3	verbleibende Beträge	-56.649,62	8.865.929,95	0,00	0,00	0,00
4	Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses		8.865.929,95			
5	Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	0,00				
6	Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses nach § 25 Abs. 1 GemHVO		0,00			
7	Verrechnung eines Fehlbetrags beim ordentlichen Ergebnis mit einem Überschuss des Sonderergebnisses nach § 25 Abs. 2 Alt. 1 GemHVO	0,00	0,00			
8	Verrechnung durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses nach § 25 Abs. 2 Alt. 2 GemHVO		0,00			
9	Fehlbetragsvortrag längstens für drei Jahre nach § 25 Abs. 3 GemHVO		0,00	0,00	0,00	
10	Verrechnung auf das Basiskapital nach § 25 Abs. 3 GemHVO					0,00
11	Verrechnung durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses nach § 25 Abs. 4 Satz 1 GemHVO	0,00				
12	Verrechnung auf das Basiskapital nach § 25 Abs. 4 GemHVO	56.649,62				

* Es ist nur die Angabe des jeweiligen Vorgangs nötig.

Der Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses soll unverzüglich abgedeckt werden. Er soll im Jahresabschluss durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen, alternativ des Sonderergebnisses verrechnet werden. Ist dies nicht möglich, ist ein Fehlbetrag nach 3 Jahren auf das Basiskapital zu verrechnen, soweit er nicht durch Verrechnung innerhalb dieses Zeitraums abgedeckt werden kann.

Aus den Vorjahren 2011 und 2012 wurden insgesamt Fehlbeträge i. H. v. 2.217.270,50 € vorgetragen. Diese können in der Jahresrechnung 2013 vollständig gem. § 49 GemHVO vom ordentlichen Ergebnis i. H. v. 11.083.200,45 € abgedeckt werden. Der danach verbleibende Betrag i. H. v. 8.865.929,95 € wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Der Fehlbetrag beim Sonderergebnis ist durch Entnahme aus der Rücklage des Sonderergebnisses zu verrechnen. Aufgrund der negativen Sonderergebnisse 2011 und 2012 ist keine Rücklage aus Sonderergebnissen vorhanden. Daher ist der Fehlbetrag zu Lasten des Basiskapitals zu verrechnen, hier: 56.649,62 €.

3.3 Erläuterungen zu den Positionen der Gesamtergebnisrechnung (s. Anlage 1)

3.3.1 Erträge

1. Steuern und ähnliche Abgaben

Plan: 450.000,00 €
Ist: 1.062.669,12 €

Hier wurde die Weitergabe der Wohngeldentlastung nach dem SGB II durch das Land gebucht. Der Betrag enthält die Abschlagszahlungen 2013 sowie eine Nachzahlung aus 2012 (ca. 360 T€).

2. Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen und aufgelöste Investitionszuwendungen

Plan: 147.062.180,00 €
Ist: 155.383.166,54 €

Verbesserungen gegenüber dem Planansatz ergaben sich überwiegend beim Soziallastenausgleich nach § 21 FAG (+196 T€) und bei den Gebühren der unteren Verwaltungsbehörde (+163 T€). Außerdem wurde die Verbuchung der Ausgleichsleistung des Bundes (4.796.562,14 €) für die Grundsicherung umgestellt (der Planansatz erfolgte unter Punkt 6, die Verbuchung unter Punkt 2).

Aus der Auflösung von Sonderposten ergibt sich ein Ertrag in Höhe von 3.659.430,63 €. Hierbei handelt es sich um die Gegenbuchung für Abschreibungen auf Investitionszuweisungen, die der Landkreis erhalten hat, z.B. Zuschüsse vom Land für energetische Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpakets. Die Erträge waren in der Haushaltsplanung von den entsprechenden Aufwendungen abgezogen und in einer Summe (netto) bei den Abschreibungen (Punkt 14) enthalten, müssen jedoch aufgrund des Bruttobuchungsgrundsatzes bei den Erträgen als Auflösung von Sonderposten gebucht werden.

3. Sonstige Transfererträge

Plan: 6.754.000,00 €
Ist: 7.045.564,29 €

Hierbei handelt es sich um Erstattungs- und Ersatzleistungen im Sozialen Bereich, hauptsächlich bei der Eingliederungshilfe und der Hilfe zum Lebensunterhalt, außerdem um Ansprüche aus dem Bereich Unterhaltsvorschuss.
Verbesserungen ergaben sich in den Bereichen „Eingliederungshilfe für behinderte Menschen“ und „Hilfe zur Erziehung“. Weniger Erträge als geplant wurden überwiegend im Bereich „Hilfe zur Pflege“ verbucht.

4. Öffentlich-rechtliche Entgelte

Plan: 9.656.040,00 €
Ist: 10.057.635,55 €

Die Erträge stammen fast ausschließlich aus dem Bereich der Abfallwirtschaft, die als kostenrechnende Einrichtung im Kreishaushalt enthalten ist. Erfasst werden die Gebühren für die Rest- und Biomüllentsorgung, die Sperrmüllabfuhr und die Anlieferung auf den Wertstoffhöfen/ Entsorgungszentren.

Der Sonderabschluss der Abfallwirtschaft ist bei den Ausführungen zu Teilhaushalt 7 ausgewiesen.

5. Privatrechtliche Entgelte

Plan: 523.760,00 €
Ist: 597.360,28 €

Der überwiegende Teil der privatrechtlichen Entgelte entfällt auf Mieten und Pachten (56 %) und Verkaufserlöse des Forstamts (28 %). Weitere Erträge kommen aus dem Verkauf von Gegenständen, die nicht der Inventarisierung unterliegen.

6. Kostenerstattung und Kostenumlagen

Plan: 19.813.790,00 €
Ist: 20.002.994,22 €

a) Erstattungen vom Bund

Plan: 3.568.690,00 €
Ist: 6.914.745,59 €

Erstattungsleistungen für Unterkunft und Heizung, Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Bundesstraßen, Kriegsopferfürsorge.
Für zu erwartende Erstattungen aufgrund eines Urteils zu behinderungsbedingten Mehrbedarfs im Bereich BAföG wurden Rückstellungen i. H. v. 1,288 Mio. € gebildet.
Aus einer Sonderförderung für Erhaltungsmaßnahmen an Bundesstraßen erhielt der Landkreis Mehrerträge in Höhe von rund 1 Mio. €. Entsprechend erhöhten sich auch die Ausgaben bei der Unterhaltung der Bundesstraßen (siehe Übersicht über- und außerplanmäßige Ausgaben, Seite 61).

b) Erstattungen vom Land

Plan: 11.029.590,00 €
Ist: 7.044.367,21 €

Erstattungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, für Unterhaltsvorschussleistungen, Integrationsförderung, Jugendsozialarbeit, Landesstraßen und den Forst.
Die Abweichung zum Plan resultiert überwiegend aus der Umstellung der Verbuchung der Ausgleichsleistung des Bundes (4.796.562,14 €) für die Grundsicherung (der Planansatz erfolgte hier, die tatsächliche Verbuchung unter Punkt 2).

c) Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden

Plan: 4.640.170,00 €
Ist: 5.454.091,32 €

Größter Posten (62,8 %) sind hier die Erträge im Bereich des ÖPNV, überwiegend durch die Kreisverkehr Schwäbisch Hall GmbH. Rund 23 % der Erstattungen resultieren aus dem Jugendhilfebereich (Hilfen zur Erziehung, Hilfen für junge Volljährige und Hilfen für junge Menschen und ihre Familien). Den dritten größeren Posten (5,7 %) bildet der Bereich Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII (Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und Hilfe zur Pflege). 5,6 % entfallen auf die Kostenerstattung für die Inanspruchnahme der Kreisplanung durch die Gemeinden.

d) sonstige Erstattungen

- Erstattungen von der gesetzlichen Sozialversicherung (Pflegestützpunkt und Jugendsuchtberatung)
  Ergebnis 2013: 77.673,95 €
- Erstattungen von verbundenen Unternehmen: Anteil der LSK-Klinikum gGmbH an den Kosten der Unfallkasse und für die Mitnutzung der Hausdruckerei
  Ergebnis 2013: 76.888,89 €
- Erstattungen von privaten Unternehmen: Beteiligung der Dualen Systeme an der Wertstoffentsorgung/ Betrieb der Entsorgungseinrichtungen; Personalkostenerstattung
  Ergebnis 2013: 407.969,40 €
- Erstattungen von übrigen Bereichen (Essensersätze, Verpflegungskosten)
  Ergebnis 2013: 27.257,86 €

7. Zinsen und ähnliche Erträge

Plan: 379.180,00 €
Ist: 417.349,49 €

Es handelt sich um Zinseinnahmen, überwiegend aus dem Bereich der Abfallwirtschaft.

9. Sonstige ordentliche Erträge

Plan: 2.507.120,00 €
Ist: 5.305.464,33 €

Erträge aus

- Bußgeldern	1.020.470,23 €
- Säumniszuschlägen/ Mahngebühren	235.153,34 €
- Entnahme aus Rückstellungen*	
Gebührenüberschussrückstellung	349.797,38 €
- Auflösung von Wertberichtigung auf Forderungen*	346.647,93 €
- Erträge aus Zuschreibungen	2.300.478,34 €
- anderen sonstigen ordentlichen Erträgen	1.052.917,11 €

(überwiegend Wertstofferlöse, außerdem Schadensersatzforderungen Kreis- und Landesstraßen, Kostenersatz für Vorleistungen Ausbau A6)

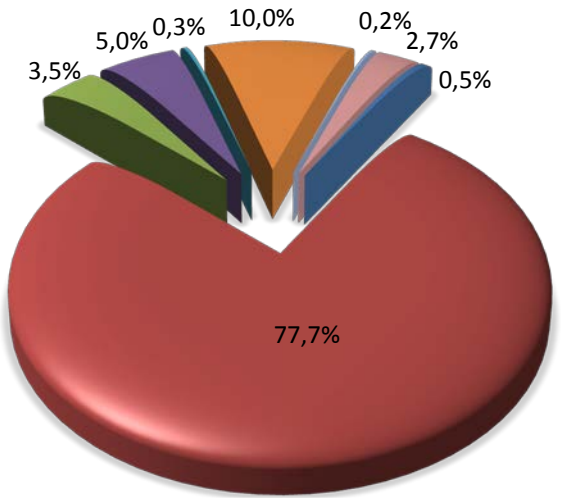
*(s. auch Ausführungen unter 5. Vermögensrechnung/Bilanz)

Der Rücklagenstand des Regiebetriebes erhöhte sich zum 31.12.2013 um 2.300.478,34 € auf 10.944.234,50 €. Entsprechend erfolgte eine Anpassung in der Bilanz des Landkreises Schwäbisch Hall (siehe Erläuterungen zur Bilanz unter 1.3.1 „Anteile an verbundenen Unternehmen“, S. 40).

10. Summe ordentliche Erträge

Plan: 187.146.070,00 €
Ist: 199.872.203,82 €

ordentliche Erträge



- Steuern und ähnliche Abgaben
  1.062.669,12 € (0,5 %)
- Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen
  155.383.166,54 € (77,7 %)
- Sonstige Transfererträge
  7.045.564,29 € (3,5 %)
- Öffentlich-rechtliche Entgelte
  10.057.635,55 € (5,0 %)
- Privatrechtliche Leistungsentgelte
  597.360,28 € (0,3 %)
- Kostenerstattungen und Kostenumlagen
  20.002.994,22 € (10,0 %)
- Zinsen und ähnliche Erträge
  417.349,49 € (0,2 %)
- Sonstige ordentliche Erträge
  5.305.464,33 € (2,7 %)

3.3.2 Aufwendungen

11. Personalaufwendungen

Plan: 44.505.390,00 €
Ist: 42.998.617,76 €

Neben nicht geplanten Erstattungen des KVBW basieren die Wenigerausgaben hauptsächlich auf allgemeinen Einsparungen, z.B. durch Krankheitsausfälle der Beschäftigten, Umwandlung von Sonderzahlungen in Urlaub und winterliche Arbeitsunterbrechungen im Forst.
Des Weiteren wurden die Haushaltsansätze im Bereich der Fleischhygiene nicht vollständig ausgeschöpft.

13. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Plan: 21.334.040,00 €
Ist: 24.129.664,95 €

Dieser Bereich umfasst die Bauunterhaltung inklusive der Bewirtschaftung, die Kosten für die Müllabfuhr und die entsprechende Entsorgung einschließlich der Wertstoffentsorgung und -verwertung und die Aufwendungen für die Unterhaltung der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen. Hier sind die EDV-Kosten gebucht sowie das Lehr- und Unterrichtsmaterial und die Lernmittel.

Wesentliche Mehraufwendungen sind im Bereich Straßenbau angefallen (2,24 Mio. €). Ursächlich hierfür war, dass die Mittel noch investiv veranschlagt waren, aufgrund der neuen Bewertungsvorgaben aber als Aufwand verbucht werden mussten. Außerdem wurden die Sonderfördermittel für die Bundesstraßen direkt für Deckenerneuerungen eingesetzt, hier stehen den Mehrausgaben bei der Unterhaltung der Bundesstraßen entsprechende Mehreinnahmen gegenüber (Punkt 6.a).

Mehraufwendungen im Bauunterhalt bei den Schulen und Wohnheimen konnten durch die Auflösung von Rückstellungen aus Vorjahren ausgeglichen werden. Außerdem waren auch im Baubereich Mittel investiv veranschlagt, die nach den neuen Bewertungsvorgaben als Aufwand zu verbuchen waren.

Wenigeraufwendungen waren bei den Nachsorgekosten und der Endabdeckung der Deponie Hasenbühl sowie beim Lehr- und Unterrichtsmaterial und den Lernmitteln zu verzeichnen.

14. Planmäßige Abschreibungen

Plan: 4.839.270,00 €
Ist: 9.450.774,89€

Die gebuchten Abschreibungen setzen sich zusammen aus

a) Abschreibungen auf Anlagevermögen 8.704.928,22 €

Die aufgrund der Umstellung auf die kommunale Doppik erforderliche Neubewertung und Überarbeitung des Anlagevermögens konnte erst im Jahr 2013 endgültig abgeschlossen werden. Bei der Haushaltsplanung 2013 wurde daher noch auf -aus heutiger Sicht- veraltete Werte zurückgegriffen, was die Abweichungen zwischen Plan und Ist erklärt. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass bei der Haushaltsplanung die Erträge aus den „Abschreibungen auf Investitionszuweisungen“ (siehe Punkt 2 „Zuweisungen und Zuwendungen“) von den Aufwendungen abgezogen und in einer Summe (netto) bei den Abschreibungen veranschlagt wurden. Aufgrund des Bruttobuchungsgrundsatzes wird die Auflösung der Sonderposten dagegen als Ertrag gebucht.
Im Ergebnis stehen den Aufwendungen in Höhe von 8.704.928,22 € Auflösungen von Sonderposten in Höhe von 3.659.430,63 € gegenüber. Die „Nettoabschreibungen“ betragen also 5.045.497,59 €, im Haushaltsplan ausgewiesen waren Abschreibungen in Höhe von 4.839.270,00 €.

Die wichtigsten Hintergründe und Grundsätze zur Ermittlung der Anschaffungs- und Herstellungskosten (AHK) und der entsprechenden (Rest-)Nutzungsdauern sind unter Punkt 7.1.1 (ab Seite 53) nochmals zusammengefasst.

b) Abschreibungen auf Forderungen 197.025,18 €

Diese Position enthält Abschreibungen auf Forderungen wegen Uneinbringlichkeit, wegen befristeter Niederschlagung, wegen unbefristeter Niederschlagung und wegen Pauschalwertberichtigung (siehe auch Ausführungen zur Forderungsbewertung S. 42).

c) Abschreibungen auf Finanzvermögen 5.166,15 €

Der Kurs der EnBW-Aktien zum 31.12.2013 betrug 25,85 € je Aktie. Dies entspricht einer Veränderung gegenüber dem Kurs am 31.12.2012 (30,50 € je Aktie) i. H. v. ca. -15,3 %. In Hinblick auf die weitere Kursentwicklung nach Bilanzstichtag erfolgte eine Wertberichtigung der Beteiligung an den EnBW-Aktien i. H. v. 5.166,15 €

d) Abschreibungen auf Sonderposten 543.655,34 €

Die Summe der Abschreibungen auf Sonderposten ergibt sich im Wesentlichen aus folgenden Abschreibungen auf Investitions- und Tilgungszuschüsse:

- Investitionszuschuss an das Freilandmuseum	158.000,00 €
- Investitionszuschuss an das DRK (Integrierte Leitstelle)	34.488,74 €
- Tilgungszuschuss an das Krankenhaus Crailsheim	235.023,60 €
- Tilgungszuschuss an das Krankenhaus Gaildorf	116.140,00 €

15. Zinsen, Gewährung von Darlehen und ähnliche Aufwendungen

Plan: 1.368.060,00 €
Ist: 1.263.368,30 €

Die Zinsaufwendungen lagen insgesamt rund 105 T€ unter dem Planansatz.

Geplant waren Kreditaufnahmen i. H. v. 2.934.720 € mit entsprechender Zinsentwicklung. Auf die Inanspruchnahme der Kreditermächtigung konnte 2013 verzichtet werden. Der Schuldenstand zum 31.12.2013 betrug 37.234.428,08 €.

Auch die Zinsen für Kassenkredite lagen mit ca. 4.580 € rund 38.950 € unter dem Planansatz.

16. Transferaufwendungen

Plan: 78.954.740,00 €
Ist: 81.974.458,22 €

Planmäßig entwickelt haben sich die Zuweisungen und Zuschüsse an Zweckverbände/ übrige Bereiche (Zweckverband Tierische Nebenprodukte Neckar-Franken, Fachhochschule SHA, Kulturstiftung Hohenlohe, Regionalverband Franken und KVJS). Auch die Zuschüsse des ÖPNV entsprachen dem Plan.

Die Mehrausgaben stammen überwiegend aus dem Sozialen Bereich (Hilfen für junge Menschen und ihre Familien +1,867 Mio. €, Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII +990 T€ und Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz +415 T€).

Eine Gegenüberstellung der geplanten und tatsächlichen Erträge/Aufwendungen enthält die Ausführungen zum Teilhaushalt 4, S. 23.

17. Sonstige ordentliche Aufwendungen

Plan: 28.844.280,00 €
Ist: 28.972.119,25 €

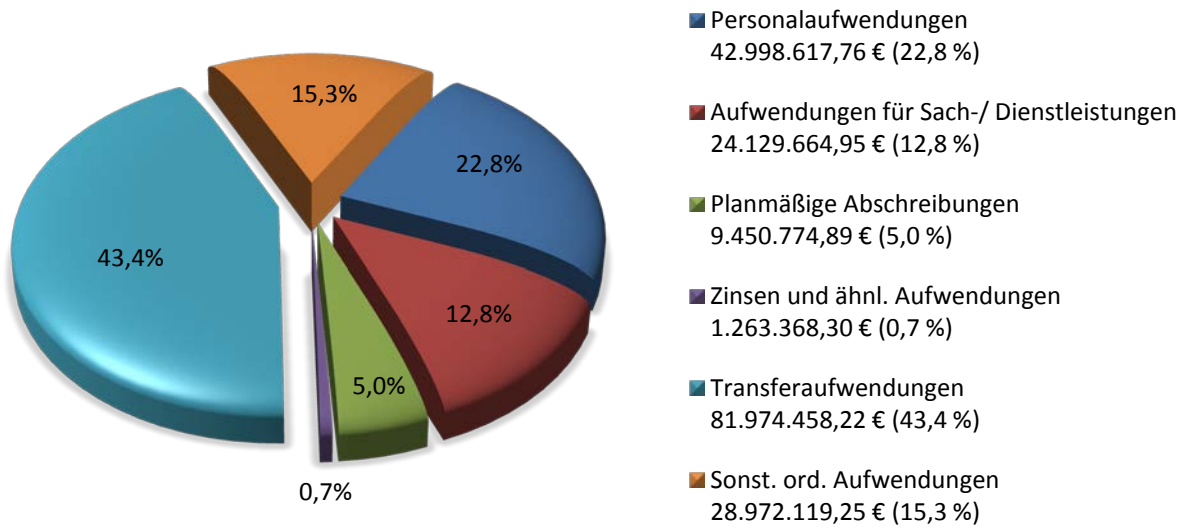
Die beiden größten Posten in diesem Bereich bilden der Nahverkehr mit den Aufwendungen für die Schülerbeförderung (die Kosten lagen ca. 184 T€ unter dem Planansatz) und die Kosten für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II, dem sog. Hartz IV (diese Kosten lagen minimal unter dem Planansatz).

Weitere Positionen sind die allgemeinen Geschäftsaufwendungen, Steuern/ Versicherungen/ Schadensfälle, Projekte des Amts für Migration und des Amts für Wirtschafts- und Regionalmanagement sowie Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit (Kreistag).

18. Summe ordentliche Aufwendungen

Plan: 179.845.780,00 €
Ist: 188.789.003,37 €

ordentliche Aufwendungen



19. Ordentliches Ergebnis

Plan: 7.300.290,00 €
Ist: 11.083.200,45 €

20. Fehlbetragsabdeckung aus Vorjahren

Plan: 0,00 €
Ist: -2.217.270,50 €

21. Ordentliches Ergebnis nach Fehlbetragsabdeckung

Plan: 7.300.290,00 €
Ist: 8.865.929,95 €

22. außerordentliche Erträge

Plan: 0,00 €
Ist: 2.518,21 €

Die außerordentlichen Erträge resultieren aus dem Verkauf von beweglichem Anlagevermögen über Buchwert sowie aus einem Wertezuwachs des Grundstücksvermögens nach Beendigung eines Flurbereinigungsverfahrens.

23. außerordentliche Aufwendungen

Plan: 0,00 €
Ist: 59.167,83 €

Entsprechend der Ergebnisse der Inventur zum 31.12.2013 wurde das bewegliche Anlagevermögen (u. a. Betriebs- und Geschäftsausstattung, Technische Anlagen und Maschinen) wertberichtigt (rd. 40 T€). Diese Wertberichtigung stellt außerordentliche Aufwendungen dar. Ca. 19 T€ der außerordentlichen Aufwendungen entfallen auf den Verkauf der bebauten Grundstücke in der Beuerlbacher Straße, bei dem der Erlös unter dem Restbuchwert lag. Der Restbuchwert lag um 18.887 € über dem vom Gutachterausschuss festgestellten Verkehrswert.

24. Sonderergebnis

Plan: 0,00 €
Ist: -56.649,62 €

25. Gesamtergebnis

Plan: 7.300.290,00 €
Ist: 8.809.280,33 €

Verwendung des Gesamtergebnisses siehe „Feststellung und Aufgliederung des Jahresergebnisses“ (Seite 8).

3.4 Nettoressourcenverbrauch der Teilhaushalte

Teilhaushalt 1 – Innere Verwaltung

Kurzbeschreibung

Der Teilhaushalt 1 umfasst die Steuerung und Steuerungsunterstützung, also die Kreisräte, den Landrat, die Rechnungsprüfung, das Controlling und den Personalrat. Außerdem sind hier die internen Serviceleistungen, wie Haupt- und Personalamt, Kämmerei, Kommunalaufsicht und Öffentlichkeitsarbeit enthalten.

Ressourcenverbrauch

	Ist 2012	Plan 2013	Ist 2013	Abweichungen Plan-Ist 2013
Personalaufwand	7.203.069 €	7.977.360 €	7.278.212 €	-699.148 €
Sachaufwand	4.460.700 €	4.036.750 €	4.595.171 €	558.421 €
kalkulatorischer Aufwand	3.865.710 €	4.118.543 €	3.902.916 €	-215.628 €
Erträge	1.918.945 €	1.541.040 €	2.136.998 €	595.958 €
kalkulatorische Erträge	13.439.155 €	14.134.443 €	13.295.643 €	-838.800 €
Nettoressourcenbedarf	**171.377 €**	**457.170 €**	**343.658 €**	**113.512 €**

Erläuterungen

Die Wenigerausgaben beim Personalaufwand ziehen sich durch nahezu alle Teilhaushalte. Ursachen sind hauptsächlich allgemeine Einsparungen, z.B. durch Krankheitsausfälle der Beschäftigten, Umwandlung von Sonderzahlungen in Urlaub.

Die Erhöhung beim Sachaufwand resultiert im Wesentlichen aus höheren Abschreibungen im Bereich Gebäude und EDV-Ausstattung und im Bereich der Forderungsbewertung (ca. 488 T€). Dem gegenüber stehen höhere Erträge bei der Auflösung von Wertberichtungen auf Forderungen (ca. 346 T€), der Auflösung von Sonderposten bei den Gebäuden (rund 53T€) und aus Mehreinnahmen bei den Bußgeldern in Höhe von rund 120 T€.

Bei den Positionen kalkulatorische/r Aufwand/Erträge handelt es sich um die Internen Leistungsverrechnungen. Die Abweichung zwischen Plan und Ist bei den Inneren Verrechnungen resultiert aus einer detaillierteren Auswertung der Kennzahlen, welche bei Aufstellung des Haushaltsplans 2013 (Mitte 2012) systemtechnisch noch nicht möglich war.

Teilhaushalt 2 – Sicherheit und Ordnung

Kurzbeschreibung

Dieser Teilhaushalt umfasst den Bereich Ordnungs- und Verkehrswesen, Staatsangehörigkeitsrecht und Ausländerwesen, das Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz, den Brand- und Katastrophenschutz und außerdem den Bereich Statistik und Wahlen.

Ressourcenverbrauch

	Ist 2012	Plan 2013	Ist 2013	Abweichungen Plan-Ist 2013
Personalaufwand	5.411.870 €	5.767.820 €	5.318.862 €	-448.958 €
Sachaufwand	1.838.749 €	2.045.170 €	1.960.144 €	-85.026 €
kalkulatorischer Aufwand	1.441.901 €	1.505.581 €	1.430.184 €	-75.397 €
Erträge	5.621.641 €	5.785.320 €	5.828.292 €	42.972 €
kalkulatorische Erträge	21.279 €	13.892 €	20.164 €	6.273 €
Nettoressourcenbedarf	**3.049.600 €**	**3.519.360 €**	**2.860.733 €**	**-658.626 €**

Erläuterungen

Ursachen für die Einsparungen beim Personal sind neben den allgemeinen Wenigerausgaben (s. THH1) hier vor allem Einsparungen im Bereich der Fleischhygiene.

Höhere Erträge stammen überwiegend aus den dem Landkreis überlassenen Gebühren der unteren Verwaltungsbehörde im Bereich Verkehrswesen/Zulassungsstelle (Zulassungsgebühren, Straßenverkehrsrecht, Schwerlasttransporte,…). Denen gegenüber stehen Wenigererträge im Bereich des Schlachthofs Rot am See aufgrund einer Gebührensenkung zum Ausgleich der Überdeckung aus Vorjahren.

Teilhaushalt 3 – Bildung und Kultur

Kurzbeschreibung

Der Teilhaushalt 3 enthält alle Schulen des Landkreises: Berufliche Schulen, Sonderschule und -kindergarten und die Schulen für Sprachbehinderte; außerdem das Kreisarchiv sowie Zuschüsse und Mitgliedschaften (z.B. Hohenloher Freilandmuseum).

Nettoressourcenverbrauch

	Ist 2012	Plan 2013	Ist 2013	Abweichungen Plan-Ist 2013
Personalaufwand	1.864.966 €	1.915.420 €	1.882.560 €	-32.860 €
Sachaufwand	7.890.268 €	7.929.670 €	7.488.490 €	-441.180 €
kalkulatorischer Aufwand	2.299.097 €	2.064.182 €	2.307.115 €	242.933 €
Erträge	5.777.577 €	5.312.900 €	5.750.961 €	438.061 €
kalkulatorische Erträge	0 €	0 €	0 €	0 €
Nettoressourcenbedarf	**6.276.754 €**	**6.596.372 €**	**5.927.204 €**	**-669.168 €**

Erläuterungen

Die Verbesserung beim Sachaufwand setzt sich zusammen aus niedrigeren Abschreibungen von rund 660 T€ und der Auflösung von Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung (400 T€), denen höhere Aufwendungen bei der Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen (ca. 722 T€) sowie für EDV und Büro-/Klassenzimmerausstattungen gegenüber stehen (ca. 190 T€).

Die Steigerung beim kalkulatorischen Aufwand basiert auf Mehraufwendungen in Höhe von rund 240 T€ bei den kalkulatorischen Zinsen aufgrund der Neubewertung der Schulgebäude.

Bei den gestiegenen Erträgen handelt es sich im Wesentlichen um die Abschreibung auf Sonderposten (überwiegend Fördermittel z.B. für energetische Sanierung) von über 458 T€, die bei den Einnahmen nicht veranschlagt waren (siehe auch Erläuterungen unter Punkt 14 der Gesamtergebnisrechnung). Weniger Erträge als geplant fielen bei den Sachkostenbeiträgen an (rund 100 T€).

Teilhaushalt 4 – Jugend, Soziales und Gesundheit

Kurzbeschreibung

Im Teilhaushalt 4 sind die Transferleistungen abgebildet. Sie beinhalten die Sozialen Hilfen, das Jugendamt, Asylbewerberleistungen und Wohnheime. Weiterer Inhalt sind das Gesundheitsamt und die Zuweisungen an das Klinikum Crailsheim (Regiebetrieb).

Die Sozialhilfe umfasst die Grundversorgung sowie Hilfen nach SGB XII mit Hilfe zur Pflege, Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung; außerdem die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II (Leistungen für Unterkunft und Heizung, Eingliederungsleistungen, Bildung und Teilhabe) und Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe beinhaltet die allgemeine Förderung junger Menschen in Form von Kinder- und Jugendhilfe, Jugendsozialarbeit, Hilfen für junge Menschen und ihre Familien, die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Unterhaltsvorschussleistungen.

Nettoressourcenverbrauch

	Ist 2012	Plan 2013	Ist 2013	Abweichungen Plan-Ist 2013
Personalaufwand	10.036.485 €	10.336.830 €	10.524.195 €	187.365 €
Sachaufwand	82.823.594 €	82.718.110 €	86.559.927 €	3.841.817 €
kalkulatorischer Aufwand	3.753.922 €	4.215.056 €	3.583.710 €	-631.347 €
Erträge	20.410.568 €	21.479.200 €	28.229.873 €	6.750.653 €
kalkulatorische Erträge	405.685 €	282.398 €	258.492 €	23.906 €
Nettoressourcenbedarf	**75.797.748 €**	**75.508.378 €**	**72.179.468 €**	**-3.328.911 €**

Erläuterungen

Die Mehraufwendungen beim Sachaufwand resultieren im Wesentlichen aus den um 3,1 Mio. € gestiegenen Transferaufwendungen (Hilfen für junge Menschen und ihre Familien ca. 1,8 Mio. €; Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII 990 T€).

Die höheren Erträge bei den Sozialen Hilfen resultierten aus dem Bereich Eingliederungshilfe (Kostenerstattungen des Bundes beim behindertenbedingten Mehrbedarf im Bereich BaföG). Des Weiteren führte die Anpassung des Eigenkapitalanteils des Regiebetriebs in der Bilanz zu Erträgen aus Zuschreibungen in Höhe von 2,3 Mio. €.

In der nachfolgenden Aufstellung über die Produktgruppen sind einzelne Schwerpunkte ersichtlich.

Gegenüberstellung der geplanten und tatsächlichen Erträge/Aufwendungen im Teilhaushalt 4*

Produkt-gruppe	Bezeichnung	ordentliche Erträge	ordentliche Aufwendungen	Zuschussbedarf IST	Zuschussbedarf Plan 2013
3110	Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII	12.749.352,59 €	- 52.284.676,79 €	- 39.535.324,20 €	- 41.224.400,00 €
312001	Leistungen für Unterkunft und Heizung	5.624.759,56 €	- 13.349.501,25 €	- 7.724.741,69 €	- 7.355.870,00 €
312002	Eingliederungsleistungen SGB II	723.819,06 €	- 1.235.528,62 €	- 511.709,56 €	- 601.120,00 €
312003	Einmalige Leistungen SGB II	- €	- 274.655,38 €	- 274.655,38 €	- 190.000,00 €
312006	Leistung für Bildung	- €	- 281.357,41 €	- 281.357,41 €	- 483.100,00 €
313001	Hilfen für Flüchtlinge	833.998,33 €	- 1.444.325,16 €	- 610.326,83 €	- 713.470,00 €
3140	Soziale Einrichtungen	644.248,68 €	- 841.826,86 €	- 197.578,18 €	- 110.890,00 €
3150	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (KOF)	1.040.294,02 €	- 1.126.634,23 €	- 86.340,21 €	47.000,00 €
3160	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	12.553,33 €	- 432.315,65 €	- 419.762,32 €	- 434.340,00 €
3170	Betreuungsleistungen	10,00 €	- 249.453,01 €	- 249.443,01 €	- 224.720,00 €
3180	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	65.278,50 €	- 480.117,43 €	- 414.838,93 €	- 404.280,00 €
3190	Bildung und Teilhabe	3.955,34 €	- 344.644,02 €	- 340.688,68 €	- 165.500,00 €
362001	Kinder- und Jugendarbeit	4.200,00 €	- 382.561,55 €	- 378.361,55 €	- 377.810,00 €
362002	Jugendsozialarbeit	308.000,00 €	- 263.478,15 €	44.521,85 €	- 382.120,00 €
3630	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	2.170.895,81 €	- 16.676.419,00 €	- 14.505.523,19 €	- 12.908.070,00 €
363006	Einrichtungen für Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	108.596,97 €	- 1.009.371,46 €	- 900.774,49 €	- 956.720,00 €
3650	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen	47.008,44 €	- 419.644,03 €	- 372.635,59 €	- 409.970,00 €
365003	Finanzielle Förderung von Kindern	198.040,96 €	- 1.531.440,69 €	- 1.333.399,73 €	- 1.247.180,00 €
3680	Kooperation und Vernetzung	23.180,81 €	- 166.793,21 €	- 143.612,40 €	- 159.920,00 €
3690	Unterhaltsvorschussleistungen	1.252.876,87 €	- 1.648.402,47 €	- 395.525,60 €	- 594.470,00 €
3710	Schwerbehindertenrecht	236,60 €	- 593.029,13 €	- 592.792,53 €	- 541.210,00 €
3720	Soziales Entschädigungsrecht	- €	- 944,84 €	- 944,84 €	- 800,00 €
4110	Krankenhäuser	2.300.478,34 €	- 1.409.221,81 €	891.256,53 €	- 1.603.390,00 €
4140	Maßnahmen der Gesundheitspflege	118.088,44 €	- 630.280,44 €	- 512.192,00 €	- 528.870,00 €
4210	Förderung des Sports	- €	7.500,00 €	7.500,00 €	- 7.500,00 €

* ohne Innere Verrechnungen und kalkulatorische Kosten

Teilhaushalt 5 – Infrastruktur

Kurzbeschreibung

Dieser Teilhaushalt enthält die Kreisplanung, das Vermessungs- und Flurneuordnungsamt, die Wirtschafts- und Wohnungsbauförderung, Tourismus, Baurecht und Denkmalschutz/-pflege und die Versorgung, außerdem alle Bereiche des Amts für Straßenbau und Nahverkehr.

Nettoressourcenverbrauch

	Ist 2012	Plan 2013	Ist 2013	Abweichungen Plan-Ist 2013
Personalaufwand	9.749.563 €	9.864.160 €	9.582.054 €	-282.106 €
Sachaufwand	23.614.102 €	20.456.170 €	27.217.437 €	6.761.267 €
kalkulatorischer Aufwand	7.397.235 €	4.292.122 €	6.432.306 €	2.140.184 €
Erträge	26.616.466 €	23.545.770 €	28.529.707 €	4.983.937 €
kalkulatorische Erträge	231.919 €	208.134 €	196.381 €	-11.753 €
Nettoressourcenbedarf	**13.912.515 €**	**10.858.548 €**	**14.505.709 €**	**3.647.161 €**

Erläuterungen

Die Abweichungen in diesem Teilhaushalt haben ihre Ursache überwiegend im Bereich des Straßenbaus: sowohl die höheren Erträge (Auflösung von Sonderposten: + 3,1 Mio. €) als auch der erhöhte Sachaufwand (Abschreibungen: + 5,5 Mio. €) und der höhere kalkulatorische Aufwand (kalkulatorische Zinsen: + 2,1 Mio. €) resultieren aus der überarbeiteten Vermögensbewertung. Hintergrund bei den niedrigeren Personalkosten sind allgemeine Einsparungen (Krankheitsausfälle der Beschäftigten, Umwandlung von Sonderzahlungen in Urlaub).

Mehrerträgen im Bereich der Bundesstraßen durch Erstattungen aus einer Sonderförderung des Bundes (ca. 1 Mio. €) stehen entsprechende Mehraufwendungen beim Unterhaltungsaufwand der Bundesstraßen entgegen.

Teilhaushalt 6 – Umwelt

Kurzbeschreibung

Zum Teilhaushalt Umwelt gehören die Forst- und Landwirtschaft, der Gewässer-, Natur- und Arbeitsschutz, die Landschaftspflege und Umweltschutzmaßnahmen.

Nettoressourcenverbrauch

	Ist 2012	Plan 2013	Ist 2013	Abweichungen Plan-Ist 2013
Personalaufwand	6.910.426 €	7.368.740 €	7.062.327 €	-306.413 €
Sachaufwand	587.631 €	717.730 €	577.497 €	-140.233 €
kalkulatorischer Aufwand	1.730.943 €	1.827.509 €	1.740.664 €	-86.845 €
Erträge	2.176.888 €	2.527.500 €	2.099.911 €	-427.589 €
kalkulatorische Erträge	101.679 €	79.374 €	105.948 €	26.574 €
Nettoressourcenbedarf	**6.950.434 €**	**7.307.105 €**	**7.174.630 €**	**-132.475 €**

Erläuterungen

Die Einsparungen beim Personal ergeben sich überwiegend aus dem Bereich des Forstbetriebs aufgrund des Wegfalls der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und winterbedingten Arbeitsunterbrechungen. Dem gegenüber stehen geringere Kostenersätze vom Land (Wenigererträge ca. 440 T€) im Rahmen der Spitzabrechnung.

Teilhaushalt 7 – Abfallwirtschaft

Kurzbeschreibung

Der Teilhaushalt 7 umfasst die Sammlung, Entsorgung und Verwertung von Abfällen und Wertstoffen aus Haushalten und Gewerbebetrieben im Landkreis Schwäbisch Hall.

Nettoressourcenverbrauch

	Ist 2012	Plan 2013	Ist 2013	Abweichungen Plan-Ist 2013
Personalaufwand	1.317.259 €	1.275.060 €	1.350.406 €	75.346 €
Sachaufwand	10.194.017 €	9.902.530 €	9.963.358 €	60.828 €
kalkulatorischer Aufwand	690.448 €	573.837 €	542.440 €	-31.398 €
Erträge	12.191.993 €	11.746.850 €	11.856.346 €	109.496 €
kalkulatorische Erträge	0 €	0 €	0 €	0 €
Nettoressourcenbedarf	**9.731 €**	**4.577 €**	**-141,89 €**	**4.719,13 €**

Sonderabschluss Abfallwirtschaft

Die Abfallwirtschaft wird als kostenrechnende Einrichtung im Kreishaushalt geführt.

Mehrerträgen im Bereich der Gebühreneinnahmen (419 T€) steht höherer Personal- und Sachaufwand und eine Wenigerentnahme der Gebührenrückstellung (277 T€) entgegen. Der Nettoressourcenüberschuss ist bedingt durch Korrekturen, die das Jahr 2012 betreffen, dort jedoch aufgrund des bereits festgestellten Abschlusses nicht mehr abgebildet werden konnten.

Jahresergebnis der Abfallwirtschaft:

	ordentliche Erträge	11.506.548,29 €
-	ordentliche Aufwendungen	11.313.764,07 €
=	ordentliches Ergebnis	192.784,22 €
-	kalkulatorisches Ergebnis	542.439,71 €
=	Nettoressourcenüberschuss/-bedarf	- 349.655,49 €
	zzgl. nicht gebührenfähige Aufwendungen	2.607,36 €
	zzgl. Korrektur außerordentlicher Ertrag aus 2012	4.397,43 €
	abzügl. Korrektur aus inneren Verrechnungen 2012	7.146,68 €
=	**Entnahme aus den Rückstellungen für ausgleichspflichtige Gebührenüberschüsse**	**- 349.797,38 €**

Stand der Rückstellung zum 01.01.2013	3.601.766,35 €
- Entnahme	349.797,38 €
Stand der Rückstellung zum 31.12.2013	**3.251.968,97 €**

Teilhaushalt 8 – Allgemeine Finanzwirtschaft

Kurzbeschreibung

In diesem Teilhaushalt sind die allgemeinen Zuweisungen und Umlagen, die Steuern und die sonstige allgemeine Finanzwirtschaft enthalten.

Nettoressourcenverbrauch

	Ist 2012	Plan 2013	Ist 2013	Abweichungen Plan-Ist 2013
Personalaufwand	0 €	0 €	0 €	0 €
Sachaufwand	8.576.073 €	7.534.260 €	7.428.361 €	-105.899 €
kalkulatorischer Aufwand	0 €	0 €	0 €	0€
Erträge	107.374.548 €	115.207.470 €	115.440.117 €	232.647 €
kalkulatorische Erträge	0 €	0 €	0 €	0 €
Nettoressourcenüberschuss	**98.798.475 €**	**107.673.210 €**	**108.011.755 €**	**338.545 €**

Erläuterungen

Die Wohngeldentlastung durch das Land führte zu Mehrerträgen i. H. v. rund 613 T€. Weniger Erträge als geplant fielen bei der Grunderwerbsteuer an (ca. 366 T€).

Die Einsparungen beim Sachaufwand resultieren aus niedrigeren Kreditzinsen (rund 105 T€, siehe auch Punkt 15 bei den Erläuterungen zur Ergebnisrechnung).

Im Ergebnisquerschnitt nach Teilhaushalten (Punkt 3.1, Seite 7) ist ein Nettoressourcenüberschuss von 105.794.484,94 € ausgewiesen. Dies ist bedingt durch die Fehlbetragsabdeckung aus Vorjahren in Höhe von rund 2,2 Mio. €, die in der oben abgebildeten Übersicht nicht enthalten ist.

4 Finanzrechnung

Gesamtfinanzrechnung			
	Haushaltsansatz	Ergebnis	Abweichung
Einzahlungen	189.944.810 €	192.002.798,43 €	2.057.988,43 €
Auszahlungen	189.893.770 €	195.976.879,06 €	6.083.109,06 €
Änderung Finanzierungsmittelbestand	**51.040 €**	**-3.974.080,63 €**	**-4.025.120,63 €**

Ausführliche Gesamtfinanzrechnung siehe Anlage 2

In der Gesamtfinanzrechnung in Anlage 2 sind Auszahlungen für die Tilgung von Krediten in Höhe von 2.731.479,14 € enthalten. In der Bilanz (Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen) wurden im Haushaltsjahr 2013 Tilgungen in Höhe von 2.934.714,69 € berücksichtigt. Grund für die Abweichung in Höhe von 203.235,55 € zwischen Bilanz und Finanzrechnung ist, dass die Tilgungsleistungen von 2 Krediten im Dezember 2013 fällig war, aber erst im Januar 2014 abgebucht wurden und somit erst in der Finanzrechnung 2014 enthalten sind.

4.1 Finanzquerschnitt nach Teilhaushalten

Finanzquerschnitt nach Teilhaushalten – Anteiliger Finanzierungsmittelbestand				
THH	Bezeichnung	Haushaltsansatz	Ergebnis	Abweichung
1	Innere Verwaltung	-12.160.980,00 €	-9.550.103,43 €	2.610.876,57 €
2	Sicherheit und Ordnung	-2.289.130,00 €	-1.492.738,65 €	796.391,35 €
3	Bildung und Kultur	-3.783.340,00 €	-3.753.237,55 €	30.102,45 €
4	Jugend, Soziales und Gesundheit	-73.860.050,00 €	-79.151.591,56 €	-5.291.541,56 €
5	Infrastruktur	-9.176.020,00 €	-9.701.964,24 €	-525.944,24 €
6	Umwelt	-5.578.190,00 €	-5.845.121,82 €	-266.931,82 €
7	Abfallwirtschaft	-774.460,00 €	248.955,42 €	1.023.415,42 €
8	Allgemeine Finanzwirtschaft	107.673.210,00 €	105.271.721,20 €	-2.401.489,80 €
Änderung Finanzierungsmittelbestand zum Ende des Rechnungsjahres		**51.040,00 €**	**-3.974.080,63 €**	**-4.025.121,63 €**

4.2 Übersicht über alle Investitionen

Produkt-gruppe	Auftrag	Beschreibung Auftrag	Beschreibung Sachkonto/ Investitionsbeschreibung	Plan 2013	Ist 2013
1120	Organisation und EDV				
	I11204200000	Erwerb bew. Vermögen EDV	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	166.000,00	
	I11204000000	Erwerb bew. Vermögen Hauptamt	Falzgerät, Shlush-Maschine		5.625,48
	I11204200000	Erwerb bew. Vermögen EDV	Lizenzen, Software, Dokumea		90.007,44
	I11204200000	Erwerb bew. Vermögen EDV	Server, Switche, Hardware		213.443,27
1121	Personalwesen				
	I11214000000	Erwerb bew. Vermögen Gemeinsch.verpfleg.	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	12.000,00	
1124	Grundstücks- und Gebäudemanagement				
	I11241000000	Hochbau Landratsamt SHA	Auszahlung für Hochbaumaßnahmen	1.100.000,00	
	I11244100000	Erwerb bew. Vermögen LRAgebäude CR	Maschinen		6.529,08
	I11245000000	Investitionszuwendungen LRA SHA	Teil-Planungskosten Tiefgarage		23.664,94
	I11248000000	Veräußerungserlöse Verwaltungsgebäude	Verkauf Beuerlbacher Straße 49 und 51 in Crailsheim		-317.000,00
1125	Fuhrpark				
	I11254000000	Erwerb bew. Vermögen Kraftfahrzeuge	Opel Astra H		9.857,46
1126	Zentrale Dienstleistungen				
	I11264200000	Erwerb bew. Vermögen Verkehr/Blitzer	Nachrüstung Fahrzeug		1.045,00
	I11264200000	Erwerb bew. Vermögen Verkehr/Blitzer	Server Bußgeldstelle		1.890,32
1226	Verbraucherschutz und Veterinärwesen				
	I12264000000	Erwerb bew. Vermögen Veterinäramt	Server Veterinäramt		15.020,97
	I12264200000	Erwerb bew. Vermögen Lebensmittelkontrol	zwei Fahrzeuge		10.152,74
1260	Brandschutz				
	I12605100000	Investitionszuwendungen Leitstelle	Investitionszu. An übrige Bereiche	700.000,00	
	I12605100000	Investitionszuwendungen Leitstelle	Anlagen im Bau Umrüstung Digitale Alarmierung		7.336,35
	I12605100000	Investitionszuwendungen Leitstelle	Zuschuss an DRK für Integrierte Leiststelle		148.845,73
	I12606100000	Investitionszuweisungen Leitstelle	Zuweisung vom Land für Anteil Integrierte Leitstelle	-315.000,00	-99.800,00
1280	Katastrophenschutz				
	I12804000000	Erwerb bew. Vermögen Katastrophenschutz	zwei Satellitentelefone	3.000,00	3.387,40
21200301	Fröbelschule				
	I21204000000	Erwerb bew. Vermögen Fröbelschule	Spülmaschine, Server, Schaukel	13.910,00	11.125,27
21200102	Sonderschulkindergarten				
	I21204100000	Erwerb bew. Vermögen SonderschulKiga	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	9.280,00	
21200304	Schule für Sprachbehinderte				
	I21204300000	Erwerb bew. Vermögen Sprachheilsch. SHA	Server	4.000,00	8.248,95
2130	Berufliche Schulen				
	I21301100000	Hochbau Gewerbl. Schule SHA	Auszahlung für Hochbaumaßnahmen	500.000,00	
	I21301100000	Hochbau Gewerbl. Schule SHA	Energetische Sanierung G4		619.165,75
	I21301200000	Hochbau Gewerbl. Schule CR	Auszahlung für Hochbaumaßnahmen	650.000,00	
	I21301600000	Hochbau Eugen-Grimminger-Schule CR	Restarbeiten Energetische Sanierung aus 2012		158.336,64
	I21304000000	Erwerb bew. Vermögen Gew. Schule SHA	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	264.360,00	
	I21304000000	Erwerb bew. Vermögen Gew. Schule SHA	Lizenzen, Software		5.902,40
	I21304000000	Erwerb bew. Vermögen Gew. Schule SHA	Spezielle Kreis- und Bandsägen, Bohrmaschinen		85.960,47
	I21304000000	Erwerb bew. Vermögen Gew. Schule SHA	Netzgeräte, Server, Switche, Hebebühne		66.343,62
	I21304100000	Erwerb bew. Vermögen Gew. Schule CR	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	180.990,00	
	I21304100000	Erwerb bew. Vermögen Gew. Schule CR	DV-Software		16.727,60
	I21304100000	Erwerb bew. Vermögen Gew. Schule CR	Fahrzeugsystemanalyse, Demo-Getriebe, Übungs-Fahrzeuge		120.794,22
	I21304100000	Erwerb bew. Vermögen Gew. Schule CR	Active-Board, Beamter, Herde		41.215,72
	I21304200000	Erwerb bew. Vermögen Kaufm. Schule SHA	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	116.260,00	
	I21304200000	Erwerb bew. Vermögen Kaufm. Schule SHA	Lizenzen		1.278,00
	I21304200000	Erwerb bew. Vermögen Kaufm. Schule SHA	Verschiedene Visualizer		4.311,37
	I21304300000	Erwerb bew. Vermögen Kaufm. Schule CR	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	12.150,00	
	I21304300000	Erwerb bew. Vermögen Kaufm. Schule CR	Thermocycler		2.061,62
	I21304300000	Erwerb bew. Vermögen Kaufm. Schule CR	Switche, Server, Whiteboard		11.964,36
	I21304400000	Erwerb bew. Vermögen SES SHA	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	33.000,00	
	I21304400000	Erwerb bew. Vermögen SES SHA	Server, Sicherheitsschränke		10.049,69
	I21304500000	Erwerb bew. Vermögen EGS CR	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	29.900,00	
	I21304500000	Erwerb bew. Vermögen EGS CR	Liftkar Treppensteiger für Lasten		3.165,88
	I21305000000	Investitionszuwendungen Sportstätten	Server		4.789,75
	I21306500000	Investitionszuweis. E. Grimminger Schule	Zuschuss für Solarkollektoranlage EGS CR		-1.940,00
2810	Sonstige Kulturpflege				
	I28105000000	Investitionszuwendungen Heimatpflege	Zuschuss an Freilandmuseum Wackershofen	158.000,00	158.000,00
3140	Soziale Einrichtungen				
	I31401000000	Hochbau Wohnheime	Auszahlung für Hochbaumaßnahmen	530.000,00	
	I31401000000	Hochbau Wohnheime	Kauf Grundstück in Crailsheim		157.980,90
	I31401000000	Hochbau Wohnheime	Wohnheime in Crailsheim		507.287,15
3710	Schwerbehindertenrecht				
	I37104100000	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	Verschiedene Dokumentendrucker		6.144,88
4110	Krankenhäuser				
	I41105000000	Investitionszuwendungen KKH Crailsheim	Tilgungsersatz und Investitionszuschuss KKH Crailsheim	2.235.020,00	3.235.023,60
	I41105100000	Investitionszuwendungen KKH Gaildorf	Tilgungsersatz KKH Gaildorf	116.140,00	116.140,00

Produkt-gruppe	Auftrag	Beschreibung Auftrag	Beschreibung Sachkonto/ Investitionsbeschreibung	Plan 2013	Ist 2013
4140	Maßnahmen der Gesundheitspflege				
	I41404000000	Erwerb bew. Vermögen Gesundheitsamt	PC-Audiometer		2.130,10
5110	Kreisplanung				
	I51104000000	Erwerb bew. Vermögen Kreisplanung	Apple iMac		2.028,95
5111	Vermessungswesen				
	I51114000000	Erwerb bew. Vermögen Vermessungsamt	Satellitenmeßgeräte		34.843,20
	I51114000000	Erwerb bew. Vermögen Vermessungsamt	verschiedene Toughbook		6.636,63
	I51118000000	Veräußerungserlöse Vermessungsamt	Verkauf Altgerät		-2.380,00
5370	Abfallwirtschaft				
	I53702100000	Tiefbau Wertstoffhöfe	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	400.000,00	
	I53702100000	Tiefbau Wertstoffhöfe	Erwerb Grundstück WSH SHA-West		127.070,25
	I53702100000	Tiefbau Wertstoffhöfe	Verbesserungen Wertstoffhof Fichtenau		85.793,83
	I53702100000	Tiefbau Wertstoffhöfe	Naeubau WSH SHA-West		165.717,81
	I53704100000	Erwerb bew. Vermögen Abfallentsorgung	Biomüllcontainer, Grüngutcontainer		40.844,33
5420	Kreisstraßen				
	I54200000000	Erwerb von Grundstücken - Kreisstraßen	Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden	90.000,00	
	I54200000000	Erwerb von Grundstücken - Kreisstraßen	Verschiedene Grundstücke für Straßenbaumaßnahmen		15.403,93
	I54202000000	Tiefbau Kreisstraßen	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	2.700.000,00	
	I54202000000	Tiefbau Kreisstraßen	Abgang Grundstück nach Umlegung		-1.491,00
	I54202000000	Tiefbau Kreisstraßen	Tiefbaumaßnahmen insgesamt, davon:		2.578.662,76
			K 2642 Radweg Altenmünster - Ingersheim		*116.400,00*
			K 2627 Unterfischach - Mittelfischach		*225.057,30*
			K 2677 Ausbau OD Gammesfeld		*332.027,83*
			K 2632 UD Immersberg - Heilberg		*181.762,57*
			K 25911 UD K 2594 - Bibersfeld		*403.851,32*
			K 2568 UD Unterscheffach - Reinsberg		*636.115,02*
			K 2505 UD Ellrichshausen - Landesgrenze		*552.413,26*
			Kleinmaßnahmen		*131.035,46*
	I54202100000	K 2576 Ausbau zwischen B 14 u.B 19	Grundstückskäufe		58.859,96
	I54202100000	K 2576 Ausbau zwischen B 14 u.B 19	Straßenbaumaßnahme Westumgehung		805.647,25
	I54202300000	Erhaltungspauschale	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	300.000,00	
	I54202300000	Erhaltungspauschale	Kleinmaßnahmen		60.141,05
	I54202400000	Bepflanzungsmaßnahmen	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	15.000,00	
	I54202500000	Planungspauschale	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	100.000,00	
	I54202500000	Planungspauschale	Grünplanungen		26.299,69
	I54204100000	Erwerb bew. Vermögen Gem. Straßenunterh.	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	450.000,00	
	I54204000000	Erwerb bew. Vermögen Straßenbauamt	Fahrzeug und Verkehrsanlagen		16.988,00
	I54204000000	Erwerb bew. Vermögen Straßenbauamt	Multifunktionssysteme		13.195,96
	I54204100000	Erwerb bew. Vermögen Gem. Straßenunterh.	zwei Unimogs, LKW, Fahrzeugteile		596.759,02
	I54205000000	Investitionszuwendungen Kreisstraßen	Kanalbeitrag K 2508 OD Gröningen	90.000,00	23.235,42
	I54205000000	Investitionszuwendungen Kreisstraßen	Abrechnung von Investitionstätigkeiten		-23.235,42
	I54206000000	Investitionszuweisungen Kreisstr Land	Investitionszu. vom Land	-40.000,00	
	I54206100000	Investitionszuweisungen Kreisstraßen Gde	Investitionszu. von Kommu	-20.000,00	
	I54206300000	Investitionszuweis GemStraßenunterh Bund	Investitionszu. vom Bund	-39.000,00	
	I54206300000	Investitionszuweis GemStraßenunterh Bund	Zuwendung vom Bund für Geräte und Fahrzeuge		-38.725,00
	I54206500000	Investitionszuweis GemStraßenunterh Land	Zuwendung vom Land für Geräte Gemeinschaftsaufwand	-64.350,00	-64.350,00
	I54206500000	Investitionszuweis GemStraßenunterh Land	Abrechnung von Sonderposten aus Investit		64.350,00
	I54208000000	Veräußerungserlöse Kreisstraßen	Veräußerung von Grundst. und Gebäuden	-1.000,00	
	I54208100000	Kreisstraßen - Rückz überz Bausausgaben	Einzahlungen aus der Abw. von Baumaßn.	-500,00	
	I54208200000	Kreisstraßen-Rückz überz Grunderw.kosten	Einzahlungen aus der Abw. von Baumaßn.	-500,00	
	I54208200000	Kreisstraßen-Rückz überz Grunderw.kosten	Geldausgleich für Flurbereinigung SHA - Gailenkirchen		-1.260,00
	I54208300000	Veräußerungserlöse Gem. Straßenunterh.	Veräuß. imm.+bewegl. Verm.g.	-10.000,00	
5550	Forstwirtschaft				
	I55504000000	Erwerb bew. Vermögen Forstamt	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	33.850,00	
	I55504000000	Erwerb bew. Vermögen Forstamt	insg. 6 Fahrzeuge		53.848,81
	I55504000000	Erwerb bew. Vermögen Forstamt	Schreibtisch		1.475,20
5551	Landwirtschaft				
	I55514000000	Erwerb bew. Vermögen Landwirtschaftsamt	Fahrzeug		15.500,00
	I55514000000	Erwerb bew. Vermögen Landwirtschaftsamt	Server		15.020,97

Bei den Zahlen mit vorangestelltem Minus handelt es sich um Einzahlungen (Zuschüsse, Erstattungen, Ersätze, Beteiligungen, Verkaufserlöse).

4.3 Anlagenübersicht

	Stand des Vermögens zum 1.1.2013	Vermögensveränderungen				Stand des Vermögens zum 31.12.2013
		Abschreibungen im Jahr 2013	Zugänge im Jahr 2013	Abgänge im Jahr 2013	Umbuchungen im Jahr 2013	
AKTIVA	**237.673.677,89 €**	**- 9.248.583,56 €**	**9.417.976,23 €**	**- 377.289,62 €**	**1.215.459,91 €**	**238.681.240,85 €**
1. Vermögen	**237.594.321,52 €**	**- 8.704.928,22 €**	**5.759.966,90 €**	**- 377.289,62 €**	**1.215.459,91 €**	**235.487.530,49 €**
1.1 Immaterielle Vermögensgegestände	**105.452,74 €**	**- 46.737,94 €**	**103.915,44 €**	**- 1,00 €**	**- €**	**162.629,24 €**
1.2 Sachvermögen	**237.488.868,78 €**	**- 8.658.190,28 €**	**5.656.051,46 €**	**- 377.288,62 €**	**1.215.459,91 €**	**235.324.901,25 €**
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	653.434,03 €	- 1.632,10 €	127.070,25 €	- €	- €	778.872,18 €
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	57.260.281,98 €	- 1.867.191,08 €	409.655,91 €	- 335.887,54 €	167.261,64 €	55.634.120,91 €
1.2.3 Infrastrukturvermögen	172.294.450,34 €	- 5.629.958,14 €	1.241.317,53 €	- 1.121,79 €	1.593.532,04 €	169.498.219,98 €
1.2.4 Bauten auf fremden Grund	20.617,79 €	- 2.882,41 €	86.196,82 €	- €	- 85.503,91 €	18.428,29 €
1.2.5 Kunstgegenstände, Kultur	1.800,00 €	- €	- €	- €	- €	1.800,00 €
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	4.970.674,61 €	- 774.731,04 €	969.730,73 €	- 22.046,59 €	- 7.183,51 €	5.136.444,20 €
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.742.794,71 €	- 381.795,51 €	479.601,32 €	- 18.232,70 €	398,45 €	1.822.766,27 €
1.2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen in Bau	544.815,32 €	- €	2.342.478,90 €	- €	- 453.044,80 €	2.434.249,42 €
2. Abgrenzungsposten	**79.356,37 €**	**- 543.655,34 €**	**3.658.009,33 €**	**- €**	**- €**	**3.193.710,36 €**
2.2 Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse	79.356,37 €	- 543.655,34 €	3.658.009,33 €	- €	- €	3.193.710,36 €
PASSIVA	**- 91.393.777,63 €**	**3.659.430,63 €**	**- 162.858,46 €**	**- €**	**- 38.725,00 €**	**- 87.935.930,46 €**
2. Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen	**- 91.393.777,63 €**	**3.659.430,63 €**	**- 162.858,46 €**	**- €**	**- 38.725,00 €**	**- 87.935.930,46 €**
	146.279.900,26 €	**- 5.589.152,93 €**	**9.255.117,77 €**	**- 377.289,62 €**	**1.176.734,91 €**	**150.745.310,39 €**

4.4 Schuldenübersicht

Art der Schulden (Gliederung richtet sich nach der Bilanz, Passivposten 4.1, 4.2 und 4.3 (Anleihen, Kreditaufnahmen inklusive Kassenkredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte)		Gesamt-betrag am 01.01. des Haushalts-jahres * -Euro-	**Gesamt-betrag zum 31.12. des Haushalts-jahres -Euro-**	davon mit einer Restlaufzeit von			Mehr (+) weniger (-) ***** -Euro-
				bis zu 1 Jahr *** -Euro-	über 1 bis 5 Jahre *** -Euro-	mehr als 5 Jahre **** -Euro-	
1		2	3	4	5	6	7
1.	**Geldschulden**	40.169.142,77	37.234.428,08	0,00	3.780.055,49	33.454.372,59	-2.934.714,69
1.1	**Anleihen**						
1.2	**Kredite für Investitionen**						
1.2.1	*Bund*						
1.2.2	*Land*						
1.2.3	*Gemeindenen und Gemeindeverbände*						
1.2.4	*Zweckverbände und dergleichen*						
1.2.5	*sonstiger öffentlicher Bereich*	39.048.156,09	36.316.676,95	0,00	3.629.224,36	32.687.452,59	-2.731.479,14
1.2.6	*Kreditmarkt*	1.120.986,68	917.751,13	0,00	150.831,13	766.920,00	-203.235,55
1.3	**Kassenkredite**	0,00	0,00				0,00
2.	**Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen**						

Gesamtschulden		40.169.142,77	37.234.428,08	0,00	3.780.055,49	33.454.372,59	-2.934.714,69

nachrichtlich

3.	*Schulden der Sondervermögen mit Sonderrechnung (Angaben jeweils für einzelne Sondervermögen)*	Regiebetrieb Klinikimmobilien					
3.1	*Anleihen*						
3.2	*Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen*	3.628.365,48	3.277.201,88	12.782,25	383.468,63	2.880.951,00	-351.163,60
3.3	*Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung (Kassenkrediten)*						
3.4	*Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften*						

4. Schulden Insgesamt

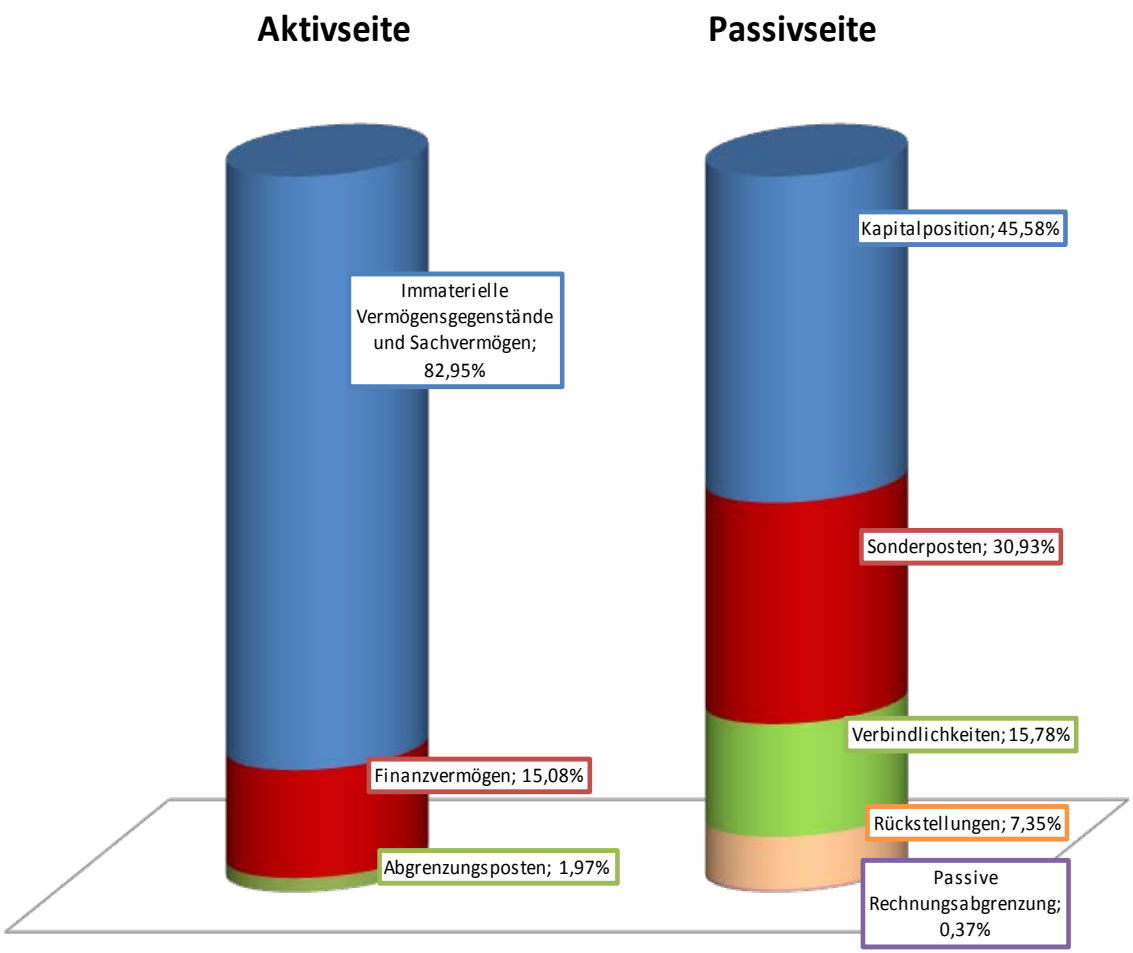
4.1	*Anleihen*						
4.2	*Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen*	43.797.508,25	40.511.629,96	12.782,25	4.163.524,12	36.335.323,59	-3.285.878,29
4.3	*Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung (Kassenkrediten)*						
4.4	*Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften*						
	Summe 4.1 +. 4.2 + 4.3 + 4.4	43.797.508,25	40.511.629,96	12.782,25	4.163.524,12	36.335.323,59	-3.285.878,29

* *entspricht Stand zum 31.12. des Vorjahres*
** *Tilgung der Restschuld im 1. Folgejahr*
*** *Tilgung der Restschuld im 2. bis 5. Folgejahr*
**** *Tilgung der Restschuld ab dem 6. Folgejahr*
***** *Spalte 3 minus Spalte 2*

5 Vermögensrechnung (Bilanz) vom 01.01. – 31.12.2013

Aktivseite		Vorjahr -Euro-	Haushaltsjahr -Euro-
1.	Vermögen	285.330.268,82 €	278.720.858,84 €
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	105.452,74 €	162.629,24 €
1.2	Sachvermögen	237.732.280,85 €	235.682.553,21 €
1.2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	653.434,03 €	778.872,18 €
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	57.260.281,98 €	55.634.120,91 €
1.2.3	Infrastrukturvermögen	172.294.450,34 €	169.498.219,98 €
1.2.4	Bauten auf fremden Grundstücken	20.617,79 €	18.428,29 €
1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	1.800,00 €	1.800,00 €
1.2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	4.970.674,61 €	5.136.444,20 €
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.742.794,71 €	1.822.766,27 €
1.2.8	Vorräte	243.412,07 €	357.651,96 €
1.2.9	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	544.815,32 €	2.434.249,42 €
1.3	Finanzvermögen	47.492.535,23 €	42.875.676,39 €
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	8.789.320,75 €	10.701.782,13 €
1.3.2	Sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen in Zweckverbänden, Stiftungen oder andere kommunale Zusammenschlüssen	347.017,42 €	310.446,74 €
1.3.3	Sondervermögen	- €	- €
1.3.4	Ausleihungen	460.000,00 €	287.500,00 €
1.3.5	Wertpapiere (Sonstige Einlagen)	19.158.060,00 €	10.658.060,00 €
1.3.6	Öffentlich-rechtliche Forderungen	1.903.309,21 €	3.226.738,97 €
1.3.7	Forderungen aus Transferleistungen	12.348.653,57 €	6.606.217,02 €
1.3.8	Privatrechtliche Forderungen	2.320.124,59 €	1.799.002,33 €
1.3.9	Liquide Mittel	2.166.049,69 €	9.285.929,20 €
2.	Abgrenzungsposten	3.021.797,86 €	5.614.752,79 €
2.1	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	2.925.015,11 €	2.457.062,31 €
2.2	Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse	79.356,37 €	3.193.710,36 €
2.3	Verrechnungs-, Zwischenkonten	17.426,38 €	- 36.019,88 €
3.	Nettoposition (nicht gedeckter Fehlbetrag)	- €	- €
Bilanzsumme		**288.352.066,68 €**	**284.335.611,63 €**

Passivseite		Vorjahr -Euro-	Haushaltsjahr -Euro-
1.	Kapitalposition	142.609.231,45 €	129.592.590,37 €
1.1	Basiskapital	144.826.501,95 €	120.726.660,42 €
1.2	Rücklagen	- €	8.865.929,95 €
1.2.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	- €	8.865.929,95 €
1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des Sonderergebnisses	- €	- €
1.2.3	Zweckgebundene Rücklagen	- €	- €
1.3	Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses	- 2.217.270,50 €	- €
1.3.1	Fehlbeträge aus Vorjahren	- 1.827.125,73 €	- 2.217.270,50 €
1.3.2	Jahresfehlbetrag, soweit eine Deckung im Jahresabschluss durch Entnahme aus den Ergebnisrücklagen nicht möglich ist	- 390.144,77 €	2.217.270,50 €
2.	Sonderposten	70.823.781,64 €	87.935.930,46 €
2.1	für Investitionszuweisungen	70.823.781,64 €	87.935.930,46 €
2.2	für Investitionsbeiträge	- €	- €
2.3	für Sonstiges	- €	- €
3.	Rückstellungen	23.441.754,18 €	20.900.755,23 €
3.1	Lohn- und Gehaltsrückstellungen	3.862.632,80 €	3.450.748,80 €
3.2	Unterhaltsvorschussrückstellungen	989.922,52 €	1.129.518,31 €
3.3	Stilllegungs- und Nachsorgerückstellungen für Abfalldeponien	14.115.035,58 €	14.280.100,35 €
3.4	Gebührenüberschussrückstellungen	3.601.766,35 €	3.251.968,97 €
3.5	Altlastensanierungsrückstellungen	- €	- €
3.6	Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	- €	- €
3.7	Sonstige Rückstellungen	872.396,93 €	- 1.211.581,20 €
4.	Verbindlichkeiten	50.407.768,76 €	44.858.353,50 €
4.1	Anleihen	- €	- €
4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	40.169.142,77 €	37.234.428,08 €
4.3	Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	- €	- €
4.4	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	397.942,67 €	778.020,32 €
4.5	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	1.060.452,07 €	160.514,95 €
4.6	Sonstige Verbindlichkeiten	8.780.231,25 €	6.685.390,15 €
5.	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	1.069.530,65 €	1.047.982,07 €
Bilanzsumme		**288.352.066,68 €**	**284.335.611,63 €**



Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre nach § 42 GemHVO

• *vom Landkreis übernommene Bürgschaften*	*8.250.000,00 €*
• *Gewährleistungen*	*0,00 €*
• *Verpflichtungen aus Leasingverträgen*	*89.478,05 €*
• *in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen*	*0,00 €*
• *übertragene Haushaltsermächtigungen*	*10.204.272,69 €*
• *nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigungen*	*2.934.720,00 €*

Die aufgeführten Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre sind im Anhang ab Seite 56 erläutert.

5.1 Erläuterungen zu einzelnen Bilanzpositionen

I Aktivseite

Die Aktivseite der Bilanz zeigt die Verwendung des Vermögens auf. Sie gliedert sich in Immaterielles Vermögen, Sach- und Finanzvermögen. Zusätzliche Positionen sind die Abgrenzungsposten sowie die Nettoposition (nicht gedeckter Fehlbetrag).

1. Vermögen

Vermögensgegenstände sind selbstständig verwertbare und bewertbare Güter, die sich im wirtschaftlichen Eigentum einer Kommune befinden. Die Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände erfolgt grundsätzlich nach Anschaffungs- und Herstellungskosten.

1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Unter den „Immateriellen Vermögensgegenständen“ sind alle werthaltigen, abgrenzbaren und unkörperlichen Vermögensgegenstände zu verstehen, die keine Sachen i.S.v. § 90 BGB sind. Sie müssen einzeln existent sein und selbstständig bewertet werden können. Es wird nur entgeltlich erworbenes immaterielles Vermögen aktiviert.

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Immaterielle Vermögensgegenstände	105.452,74 €	162.629,24 €

Es ist ein Vermögenszuwachs von 57.176,50 € gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.
Das immaterielle Vermögen besteht aus Lizenzen (60.248,29 €) und EDV-Software (102.380,95€).

1.2 Sachvermögen

Zum Sachvermögen gehören unbebaute und bebaute Grundstücke sowie grundstücksgleiche Rechte, das Infrastrukturvermögen, Kunstgegenstände, das bewegliche Vermögen (Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge und Betriebs- und Geschäftsausstattung), Vorräte, geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau.

1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Unbebaute Grundstücke sind Grundstücke, auf denen sich keine nutzbaren Gebäude befinden. Bei Grundstücken findet grundsätzlich keine Abschreibung statt, da Grundstücke keiner Abnutzung unterliegen.

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Unbebaute Grundstücke	653.434,03 €	778.872,18 €

Der Vermögenszugang in Höhe von 125.438,15 € ist hauptsächlich auf den Erwerb des Grundstücks für den Wertstoffhof Schwäbisch Hall-West zurückzuführen.

1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Diese Bilanzposition umfasst Grundstücke, auf denen sich benutzbare Gebäude und/oder sonstige Aufbauten befinden. Grund/Boden und Gebäude sind getrennt voneinander zu aktivieren.
Die bebauten Grundstücke wurden in folgende Kategorien eingeteilt:

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Wohnbauten	4.964.513,89 €	5.015.650,81 €
Soziale Einrichtungen	806.880,49 €	786.765,32 €
Schulen	41.233.163,44 €	40.309.269,12 €
Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	10.255.724,16 €	9.522.435,66 €
Bebaute Grundstücke gesamt	**57.260.281,98 €**	**55.634.120,91 €**

Der Vermögensabgang in Höhe von 1.626.161,07 € ist zum einen auf den Verkauf der Gebäude in der Beuerlbacher Straße 49 und 51 in Crailsheim mit insgesamt 317.000 € zurückzuführen. Zum Anderen konnten Arbeiten u. a. an der Gewerblichen Schule in Schwäbisch Hall im Jahr 2013 nicht fertiggestellt werden und sind daher noch nicht unter dieser Bilanzposition erfasst (siehe auch Punkt 1.2.9 „Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau“).

1.2.3 Infrastrukturvermögen

Unter dieser Bilanzposition sind im Wesentlichen die Kreisstraßen erfasst. Weitere Straßen befinden sich auf dem Gelände des Schullandheims Schapbachhof und der Deponie Hasenbühl. Die baulichen Anlagen im Abfallbereich (Deponie Hasenbühl, Entsorgungszentren, Wertstoffhöfe) sowie die befestigten Parkplatz-/Hofflächen der Straßenmeistereien und Berufsschulzentren, die Versorgungs-/ Entwässerungsanlagen der Straßenmeistereien und vorhandene Solaranlagen sind bilanztechnisch ebenfalls beim Infrastrukturvermögen einzuordnen.

Die erhaltenen Investitionszuweisungen für Kreisstraßen werden unter Punkt 2.1 auf der Passivseite der Vermögensrechnung (S. 46) dargestellt.

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Grund und Boden	35.299.768,31 €	35.307.587,83 €
Straßenkörper	113.863.458,91 €	111.474.216,87 €
Brücken und ingenieurbauliche Anlagen	22.361.631,50 €	21.993.775,24 €
Bauliche Anlagen Abfallbereich	724.262,69 €	681.088,14 €
Sonstiges	45.328,93 €	41.551,90 €
Infrastrukturvermögen gesamt	**172.294.450,34 €**	**169.498.219,98 €**

Beim Infrastrukturvermögen ist ein Vermögensabgang von 2.796.230,36 € zu verzeichnen. Besondere Verkäufe oder Abgänge gibt es im Berichtsjahr nicht. Grund für den Vermögensabgang ist, dass die Abschreibungen höher sind als die die abgeschlossenen Investitionen. Auch hier konnten Maßnahmen 2013 nicht fertig gestellt werden und sind daher unter dieser Bilanzposition noch nicht ausgewiesen (siehe auch Punkt 1.2.9 „Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau“).

Im Berichtsjahr wurden folgende Kreisstraßen im Zuge von Ausbau-, Umbau-, und/oder Deckenverstärkungsmaßnahmen abgeschlossen und aktiviert:

K 2576 Restarbeiten	ca. 860.000 €
K 2591 DU K 2594 – Bibersfeld	ca. 650.000 €
K 2505 UD Ellrichshausen – Landesgrenze	ca. 650.000 €
K 2627 Unterfischach- Mittelfischach	ca. 700.000 €
K 2568 DU Unterscheffach – Reinsberg	ca. 650.000 €

Die einzelnen Maßnahmen sind in der Investitionsübersicht dargestellt.

Für Verbesserungen des Wertstoffhofs Fichtenau fielen Baukosten von ca. 90.000 € an.

1.2.4 Bauten auf fremden Grundstücken

Bei fremden Grundstücken handelt es sich um Grundstücke, die im Eigentum eines Dritten stehen und an denen der Landkreis Schwäbisch Hall kein Erbbaurecht und keine sonstigen Rechte innehat. Diese Grundstücke werden nicht beim Landkreis aktiviert. Die Bauten darauf werden analog zu den bebauten Grundstücken (siehe Punkt 1.2.2) bewertet.

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Bauten auf fremden Grundstücken	20.617,79 €	18.428,29 €

Der Häckselplatz in Crailsheim „Steinbruchweg“ wird auf fremdem Grundstück betrieben.

1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

Grundsätzlich sind Kunstwerke und Kulturdenkmäler mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten zu bewerten. Sie unterliegen im Regelfall keiner gewöhnlichen Wertminderung, sodass hier keine Abschreibungen stattfinden.
Der Landkreis besitzt lediglich ein Kunstwerk, dessen Anschaffungspreis über 1.000 € netto lag. Das Kunstwerk „Straßenwalze“ steht derzeit in der Gewerblichen Schule in Schwäbisch Hall.

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Kunstgegenstände und Kunstwerke	1.800,00 €	1.800,00 €

1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

Bei den Maschinen und technischen Anlagen handelt es sich hauptsächlich um Ausstattungsgegenstände der beiden Berufsschulzentren.
Die Fahrzeuge sind im Wesentlichen den Straßenmeistereien zuzuordnen.

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Fahrzeuge	2.199.935,82 €	2.490.753,03 €
Maschinen	1.574.927,12 €	1.543.671,30 €
Technische Anlagen	1.195.811,67 €	1.102.019,87 €
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	**4.970.674,61 €**	**5.136.444,20 €**

Der Vermögenszugang ist im Wesentlichen auf die Anschaffung von Fahrzeugen zurückzuführen:

- 600.000 € Straßenbauamt: Zwei Unimog und zwei Mercedes Sprinter
- 120.000 € diverse Anschaffungen der Gewerblichen Schule Crailsheim
- 85.000 € diverse Anschaffungen der Gewerblichen Schule Schwäbisch Hall
- 55.000 € Forstamt: sechs Dienstfahrzeuge

1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung

Unter dieser Bilanzposition befinden sich Vermögensgegenstände, die der langfristigen Betriebsbereitschaft dienen.

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Betriebsvorrichtungen	25.992,44 €	57.433,42 €
Betriebs- und Geschäftsausstattung	860.044,68 €	845.597,82 €
Telekommunikation und EDV	855.774,65 €	917.434,80 €
Musikinstrumente	982,94 €	2.300,23 €
Betriebs- und Geschäftsausstattung	**1.742.794,71 €**	**1.822.766,27 €**

Die größten Vermögenszugänge waren:

- 203.000 € diverse EDV Beschaffungen
- 69.000 € diverse Beschaffungen der Gewerblichen Schulen Schwäbisch Hall
- 41.000 € diverse Beschaffungen der Gewerblichen Schulen Crailsheim
- 36.000 € mehrere Biomüllabrollcontainer für verschiedene Wertstoffhöfe

1.2.8 Vorräte

Vorräte sind Vermögensgegenstände, die nicht dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen, sondern zum baldigen Verbrauch bestimmt sind. Sie sind daher nicht planmäßig abzuschreiben. Hierunter fallen Hilfsstoffe (z.B. Streusalz) und Betriebsstoffe (Heizöl, Pellets).

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Streusalz	234.034,92 €	347.775,12 €
Heizöl, Pellets	9.377,15 €	9.876,84 €
Vorräte	**243.412,07 €**	**357.651,96 €**

Der Vermögenszugang von 114.239,89 € geht hauptsächlich auf die höheren Lagerbestände an Streusalz in den Straßenmeistereien zurück. Am 31.12.2012 wiesen die Lager einen Bestand von ca. 3 Tonnen Streusalz aus, am Ende des Berichtsjahres waren es 4,5 Tonnen Streusalz.

1.2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau

Anlagen im Bau sind Vermögensgegenstände, die sich in der Herstellungsphase befinden und für die zum Bilanzstichtag schon Aufwendungen entstanden sind, ohne dass sie fertiggestellt sind.

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Anlagen in Bau	544.815,32 €	2.434.249,42 €

Die noch nicht aktivierungsfähigen Ausgaben gliedern sich wie folgt:

a)	Hochbaumaßnahmen	865.852,89 €
	- Energetische Sanierung G1 der Gewerblichen Schule Schwäbisch Hall	358.565,74 €
	- Übergangswohnheime in Crailsheim mit ca.	507.287,15 €
b)	Tiefbaumaßnahmen	1.527.548,08 €
	- K 2641 Umgehung Jagstheim (Neubau Querspange)	8.526,13 €
	- K 2500 Fahrbahnsanierung OD Saurach	97.637,77 €
	- K 2505 Erneuerung Bahnbrücke bei Volkershausen	606,90 €
	- K 2505 UD Ellrichshausen – Landesgrenze	552.413,26 €
	- K 2591 UD K 2594 – Bibersfeld	403.851,32 €
	- K 2632 UD Immersberg – Heilberg	181.762,57 €
	- K 2638 UD Eckarrot – Randenweiler	632,32 €
	- K 2642 Radweg Altenmünster – Ingersheim	116.400,00 €
	- Neubau Wertstoffhof SHA-West	165.717,81 €
c)	Sonstige Baumaßnahmen	40.848,45 €
	- EDV-Projekt Dokumea	10.000 €
	- Digitale Alarmierung	7.183,51 €
	- Sanierung Tiefgarage - Abwicklung Stadtwerke	23.664,94 €

1.3 Finanzvermögen

Zum Finanzvermögen gehören Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen, Ausleihungen, Wertpapiere, Forderungen und die liquiden Mittel.
Das Finanzvermögen wird nicht planmäßig abgeschrieben.

1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Kommune ist an einem verbundenen Unternehmen beteiligt, wenn das Unternehmen unter der einheitlichen Leitung der Kommune steht bzw. wenn sie einen beherrschenden Einfluss auf das Unternehmen ausübt, also z. B. die Mehrheit der Stimmrechte innehat.

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
▪ Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Schwäbisch Hall mbH (WFG)	25.564,59 €	25.564,59 €
▪ Regiebetrieb „Klinikimmobilien des Landkreises Schwäbisch Hall“	8.643.756,16 €	10.556.217,54 €
▪ Landkreis Schwäbisch Hall Klinikum gGmbH	120.000,00 €	120.000,00 €
Anteile an verbundenen Unternehmen	**8.789.320,75 €**	**10.701.782,13 €**

Der Regiebetrieb „Klinikimmobilien des Landkreises Schwäbisch Hall“ wurde mit der Summe aus der Kapital- und Gewinnrücklage des Regiebetriebs in der Bilanz aktiviert. Diese betrug zum 31.12.2013 10.944.234,50 €, entsprechend erfolgte eine Zuschreibung i. H. v. 2.300.478,34 € (siehe Erläuterung zu den „sonstigen ordentlichen Erträgen“, S. 12). Die Prüfung der GPA ergab, dass Gewinnrücklagen nicht zu aktivieren sind. Zum Jahresabschluss 2013 waren daher 388.016,96 € auszubuchen und mit dem Basiskapital als Korrektur der Eröffnungsbilanz zu verrechnen (siehe Punkt 5.2 „Buchungen 2013 gegen das Basiskapital“, Seite 50).

1.3.2 Sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen in Zweckverbänden, Stiftungen oder anderen kommunalen Zusammenschlüssen

Eine sonstige Beteiligung der Kommune liegt vor, wenn sie keinen beherrschenden Einfluss auf das Unternehmen ausüben kann, jedoch zum Aufbau einer Geschäftsbeziehung Anteile hält.
In Abhängigkeit von den gemeindewirtschaftlichen Bestimmungen (§§ 102 ff. GemO) können Beteiligungen an Kapitalgesellschaften, Personengesellschaften und Unternehmen ausländischer privater Rechtsformen bestehen.

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
▪ Grundstückseigentümergemeinschaft Kommunales Rechenzentrum Franken GbR (Anteil Eigenkapital)	181.535,63 €	150.131,10 €
▪ Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (Anteil Eigenkapital)	63.905,85 €	63.905,85 €
▪ Technologiezentrum Schwäbisch Hall GmbH (Gesellschaftsanteil)	10.300,00 €	10.300,00 €
▪ Heilbronner-Hohenloher-Haller-Nahverkehr GmbH (Gesellschaftsanteil)	5.710,44 €	5.710,44 €
▪ Wirtschaftsregion Heilbronn-Franken GmbH (WHF) (Gesellschaftsanteil)	1.680,00 €	1.680,00 €
▪ KreisVerkehr Schwäbisch Hall GmbH (Gesellschaftsanteil)	50.000,00 €	50.000,00 €
▪ Landeselektrizitätsverband Württemberg (LEVW), EnBW-Aktien	33.885,50 €	28.719,35 €
Sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen	**347.017,42 €**	**310.446,74 €**

Im Jahr 2013 erfolgte eine Rückzahlung aus den Rücklagen der Grundstückseigentümergemeinschaft Kommunales Rechenzentrum Franken GbR an die Gesellschafter. Dementsprechend erfolgte eine Anpassung des Wertes in der Bilanz i. H. v. 31.404,53 €.
Der Wert der EnBW-Aktien verringerte sich durch die Anpassung an den Kurswert zum 31.12.2013 um ca. 5.170 € (siehe Punkt 14c) der Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung (Seite 15).

1.3.4 Ausleihungen

Ausleihungen sind Finanzforderungen der Kommune, die durch Hingabe von Kapital erworben werden. Zu den Ausleihungen zählen vor allem Darlehen. Sie müssen der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen. Geldanlagen zählen nicht zu den Ausleihungen.

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Darlehen an den Regiebetrieb „Klinikimmobilien des Landkreises Schwäbisch Hall“	460.000,00 €	287.500,00 €

Die Rückzahlung erfolgt in Raten zu je 57.500 €, 2013 wurden die Zahlungen für 3 Jahre (ab 2011) nachgeholt.

1.3.5 Wertpapiere

Wertpapiere sind Urkunden, die Vermögensrechte so verbriefen, dass deren Ausübung an den Besitz des Papiers geknüpft ist. Es handelt sich dabei weder um einen Anteil an einem verbundenen Unternehmen, noch um eine Beteiligung, ein Sondervermögen oder eine Ausleihung. Bei Wertpapieren besteht keine Beteiligungsabsicht, sondern es liegt die Absicht der Kapitalanlage vor. Des Weiteren sind unter dieser Bilanzposition die sonstigen Einlagen (z. B. Termineinlagen, Spareinlagen) zu aktivieren.

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Festgeldanlage	8.500.000,00 €	0,00 €
Sonstige Einlagen	10.658.060,00 €	10.658.060,00 €
Wertpapiere	**19.158.060,00 €**	**10.658.060,00 €**

Bei der Position „Sonstige Einlagen“ handelt es sich um die für die Nachsorge der Deponie Hasenbühl angesammelten Mittel, die nach Ablösung des inneren Darlehens bis zum Sanierungsbeginn angelegt wurden.

1.3.6 - 1.3.8 Forderungen (öffentlich- und privatrechtlich)

Forderungen sind grundsätzlich mit ihrem Nominalwert anzusetzen. Nach § 43 GemHVO hat eine Bewertung der Ausfallrisiken (Grundsatz der Einzelbewertung) zu erfolgen. Dadurch werden erkannte und konkret absehbare Ausfallrisiken bei einzelnen Forderungen in der Bilanz berücksichtigt.

Trotz Wertberichtigung der speziellen Ausfallrisiken bei einzelnen Forderungen ist noch davon auszugehen, dass für weitere Forderungen ein pauschales Ausfallrisiko besteht. Pauschalwertberichtigungen sind Wertberichtigungen auf einen Gesamtbestand von Forderungen, die noch nicht bekannte, jedoch mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit noch auftretende Risiken zum Gegenstand haben. Hierzu wurden insbesondere die Entwicklung der Kasseneinnahmen der vorangegangenen drei Jahre und die Art der Forderung betrachtet (z. B. Sozial- und Jugendhilfeforderungen, Bußgelder, Verwaltungsgebühren, usw.).

Forderungsbestand nach Durchführung der Einzel- und Pauschalwertberichtigung:

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Öffentlich-rechtliche Forderungen	1.903.309,21 €	3.226.738,97 €
Forderungen aus Transferleistungen (Sozialleistungen)	12.348.653,57 €	6.606.217,02 €
Privatrechtliche Forderungen	2.320.124,59 €	1.799.002,33 €
Forderungen insgesamt	**16.572.087,37 €**	**11.631.958,32 €**

Im Jahr 2013 erfolgte die Umstellung auf SoJuHKR. Bis dahin war das Programm „WAUS“ im Einsatz. Die öffentlich-rechtlichen Forderungen aus WAUS wurden unter der Bilanzposition 1.3.7 „Forderungen aus Transferleistungen“ ausgewiesen (ca. 14,3 Mio. €). Durch die Umstellung auf das SAP-Programm SoJuHKR wurden diese Forderungen auf verschiedene Bilanzpositionen verteilt; u. a. die Mündelgelder, da es sich hierbei um privatrechtliche Forderungen handelt. Unter der Bilanzposition „Forderungen aus Transferleistungen“ werden seitdem nur noch die Forderungen aus dem Sozial- und Jugendhilfebereich ausgewiesen.

Die Position „Privatrechtliche Forderungen“ erhöhte sich nach Umstellung um ca. 9,2 Mio. €. Die Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg (GPA) hat ergeben, dass die Mündelgelder mit einem zu hohen Betrag in der Bilanz ausgewiesen werden. Daher erfolgte eine Berichtigung in Höhe von ca. 8,7 Mio. € (siehe Punkt 5.2 Buchungen gegen das Basiskapital, S. 50).

Die Forderungsübersicht befindet sich auf Seite 60.

1.3.9 Liquide Mittel

Hierbei handelt es sich um kurzfristig verfügbare Mittel, also Sichteinlagen bei Banken und Kreditinstituten, den Kassenbestand und Handvorschüsse. Sonstige Einlagen (z. B. Termineinlagen, Spareinlagen) sind unter der Bilanzposition 1.3.5 „Wertpapiere“ zu aktivieren.
Liquide Mittel sind mit ihrem Nennwert (Nennbetrag, Nominalwert) zu bewerten.

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Sichteinlagen bei Banken und Kreditinstituten	2.039.502,76 €	9.155.582,47 €
Kassenbestand	75.357,43 €	105.517,85 €
Bankverrechnungskonten	45.479,50 €	19.093,88 €
Handvorschüsse	5.710,00 €	5.735,00 €
Liquide Mittel	**2.166.049,69 €**	**9.285.929,20 €**

2. Abgrenzungsposten

Rechnungsabgrenzungsposten dienen der zeitlichen Rechnungsabgrenzung.

2.1 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Zu den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten gehören Ausgaben (Aufwendungen), die bereits im abzuschließenden Haushaltsjahr bezahlt und gebucht wurden, aber teilweise oder ganz künftigen Haushaltsjahren wirtschaftlich zuzurechnen sind.

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Beamtengehälter	800.079,68 €	802.397,11 €
Sozialleistungen	2.124.935,43 €	0,00 €
Wirtschaftliche Jugendhilfe	0,00 €	404.135,53 €
Sozialhilfe	0,00 €	1.250.529,67 €
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	**2.925.015,11 €**	**2.457.062,31 €**

2.2 Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse

Investitionsförderungsmaßnahmen stellen Vorgänge dar, die im Finanzhaushalt abzuwickeln sind. Sie sind als Abgrenzungsposten zu aktivieren.

Im Berichtsjahr wurden fünf Investitionszuschüsse erteilt.

Das Hohenloher Freilandmuseum erhielt einen Zuschuss i. H .v. 158.000 €. Als Tilgungszuschüsse wurden an das Krankenhaus Crailsheim 235.023,60 € und an das Krankenhaus Gaildorf 116.140,00 € vergeben. Diese drei Zuschüsse sind in dem Jahr voll abzuschreiben, in dem sie entstehen.

Der vierte Investitionszuschuss wurde an das Deutsche Rote Kreuz für die technische Ausrüstung der Integrierten Leitstelle erteilt. Im Jahr 2013 wurden 148.845,73 € ausbezahlt. Zusammen mit dem Zuschuss aus dem Vorjahr beträgt die Zuschusshöhe 241.421,16 €. Der Zuschuss wird analog der Abschreibungsdauer der Geräte über 7 Jahre aufgelöst.

Der fünfte Investitionszuschuss wurde als Baukostenzuschuss für den Neubau des Klinikums in Crailsheim vergeben. Da der Neubau am Ende des Jahres 2013 noch nicht fertiggestellt und aktivierungsfähig war, wurde der Zuschuss nicht aufgelöst. Die Auflösung des Zuschusses beginnt voraussichtlich ab dem Jahr 2016 analog der Abschreibungsdauer des Klinikums Crailsheim.

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Tilgungszuschuss Klinikum Crailsheim	2,00 €	1,00 €
Tilgungsersatz Krankenhaus Gaildorf	2,00 €	1,00 €
Zuschuss Hohenloher Freilandmuseum	2,00 €	1,00 €
Integrierte Leitstelle, DRK	79.350,37 €	193.707,36 €
Baukostenzuschuss Klinikum Crailsheim	0,00 €	3.000.000,00 €
Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse	**79.356,37 €**	**3.193.710,36 €**

2.3 Verrechnungs-, Zwischenkonten

Unter dieser Bilanzposition werden Verrechnungs- und Zwischenkonten im Zusammenhang mit durchlaufenden Geldern dargestellt (früher Sachbuch für haushaltsfremde Vorgänge).

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Verrechnungs-, Zwischenkonten	17.426,38 €	-36.019,88 €

II Passivseite

Die Passivseite der Bilanz stellt dar, wie sich das auf der Aktivseite ausgewiesene Vermögen in Eigen- und Fremdkapital aufteilt. Sie stellt damit die Herkunft des Vermögens dar.

1. Kapitalposition (Eigenkapital)

Die Kapitalposition in der kommunalen Bilanz entspricht dem Eigenkapital nach dem Handelsgesetzbuch (HGB). Sie stellt den Differenzbetrag zwischen dem gesamten Vermögen einer Kommune (Aktivseite) und sämtlichen Verpflichtungen (Passivseite) dar.

1.1 Basiskapital

Das Basiskapital wird nicht bewertet, sondern ergibt sich aus der Differenz aus Vermögen und aktiven Rechnungsabgrenzungsposten der Aktivseite sowie Rücklagen, Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten der Passivseite der Bilanz.

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Basiskapital	144.826.501,95 €	120.726.660,42 €

Als Ergebnis aus der Prüfung der Eröffnungsbilanz durch die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg wurden folgende Korrekturen der Eröffnungsbilanz gemäß § 63 GemHVO gegen das Basiskapital gebucht:

- Nachaktivierung von Sonderposten für Bauwerke und Grundstücke im Bereich der Kreisstraßen in Höhe von 20.569.995,99 € (s. auch 2.1 Sonderposten für Investitionszuweisungen)
- Korrektur des Anteils Regiebetrieb „Klinikimmobilien des Landkreises Schwäbisch Hall“ in Höhe von 388.016,96 €
- Korrektur der Mündelgelder im Bestand der Forderungen und Verbindlichkeiten in Höhe von 3.085.178,96 €.

Diese Korrekturen führten zu einer Verminderung des Basiskapitals in Höhe von 24.043.191,91 €.
Des Weiteren verringerte sich das Basiskapital um 56.619,62 € durch Entnahme des Fehlbetrags beim Sonderergebnis.
(Siehe Seite 50 - Buchungen gegen das Basiskapital).

1.2 Rücklagen

Rücklagen sind Bestandteil der Kapitalposition der Bilanz. Nach § 23 GemHVO sind für Überschüsse des ordentlichen Ergebnisses sowie des Sonderergebnisses gesonderte Rücklagen (Ergebnisrücklagen) zu führen. Außerdem können Rücklagen für andere Zwecke gebildet werden.

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0,00 €	8.865.929,95 €
Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	0,00 €	0,00 €

Nach der Umstellung auf die Doppik wurden 2011 und 2012 im ordentlichen Ergebnis keine Überschüsse erzielt, daher ist hier kein Vortrag ausgewiesen. Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses 2013 beträgt 11.083.200,45 €. Nach Abdeckung der aus 2011 und 2012 vorgetragenen Fehlbeträge verbleibt ein Betrag i. H. v. 8.865.929,95 €, welcher der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt wird.
Der beim Sonderergebnis erwirtschaftete Fehlbetrag wird mit dem Basiskapital verrechnet (siehe Punkt 5.2 Buchungen gegen das Basiskapital, Seite 50).

1.3 Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses

Der Fehlbetrag ist der Unterschiedsbetrag, um den die ordentlichen Aufwendungen im Jahresabschluss der Ergebnisrechnung höher sind als die ordentlichen Erträge.

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses	2.217.270,50 €	0,00 €

Da 2011 und 2012 keine Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren vorhanden waren, wurde der jeweilige Fehlbetrag ins Folgejahr vorgetragen. Der Stand zum 31.12.2012 betrug 2.217.270,50 €. Dieser Betrag kann in der Jahresrechnung 2013 vollständig vom ordentlichen Ergebnis abgedeckt werden. Der verbleibende Überschuss des ordentlichen Ergebnisses wurde der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt (siehe Punkt 1.2 „Rücklagen“).

2. Sonderposten

2.1 Sonderposten für (erhaltene) Investitionszuweisungen

Hierbei handelt es sich um Mittel, die der Landkreis Schwäbisch Hall zur Finanzierung von Investitionen erhalten hat.
Die Auflösung der Sonderposten erfolgt grundsätzlich entsprechend der Nutzungsdauer des bezuschussten Projekts bzw. Vermögensgegenstandes.

	Stand 31.12.2012	Stand 01.01.2013	Stand 31.12.2013
Zuweisungen Bund	132.993,29 €	132.993,29 €	158.051,99 €
Zuweisungen Land	70.646.959,15 €	91.216.955,14 €	87.735.906,34 €
Zuweisungen Kommunen	34.711,18 €	34.711,18 €	33.365,40 €
Zuweisungen verbundene Untern.	8.023,86 €	8.023,86 €	7.573,92 €
Zuweisungen sonst. öffentl. Sonderr.	1.094,16 €	1.094,16 €	1.032,81 €
Sonderposten für Investitionszuweisungen	**70.823.781,64 €**	**91.393.777,63 €**	**87.935.930,46 €**

Die erhaltenen Zuweisungen sind überwiegend auf folgende Positionen zurückzuführen:

- Zuweisungen Bund: Zuschuss für die Beschaffung von Fahrzeugen beim Straßenbauamt
- Zuweisungen Land:
  - Zuweisungen für die technische Ausstattung der Integrierten Leitstelle, Anteil Landkreis mit 96.000 €
  - Zuweisung für die Beschaffung von beweglichen Vermögensgegenständen beim Straßenbauamt mit 64.000 €

Daneben wurden nach der Finanzprüfung der Gemeindeprüfungsanstalt Sonderposten für Straßengrundstücke und Straßenbauwerke nachträglich zum 01.01.2013 in die Bilanz aufgenommen (siehe Punkt 5.2 „Buchungen gegen das Basiskapital“, Seite 52). Der Buchwert zum 01.01.2013 betrug für die zusätzlichen Sonderposten 20.569.995,99 €. Diese unterteilen sich in Sonderposten für Grundstücke i. H. v. 15.199.780,10 € und Sonderposten für Bauwerke i. H. v. 5.370.215,89 €.

3. Rückstellungen

Rückstellungen sind gemäß § 90 Abs. 2 GemO für ungewisse Verbindlichkeiten und für -hinsichtlich ihrer Höhe oder des Zeitpunkts ihres Eintritts- unbestimmte Aufwendungen zu bilden.
Rückstellungen dürfen nur aufgelöst werden, soweit der Grund hierfür entfallen ist.
Durch die Bildung von Rückstellungen werden ungewisse Verbindlichkeiten und unbestimmte Aufwendungen periodengerecht zugeordnet, da die Verbindlichkeit bzw. der Aufwand wirtschaftlich dem Haushaltsjahr zugerechnet werden muss, die Höhe und/oder Fälligkeit der Auszahlung zum Bilanzstichtag jedoch noch nicht bekannt ist.

3.1 Lohn- und Gehaltsrückstellungen

Zum 31.12.2013 standen 45 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem Altersteilzeitverhältnis (01.01.2012 48 Beschäftigte). Die Verpflichtung zur Bildung einer Rückstellung umfasst die bis zum Stichtag entstandenen Erfüllungsrückstände sowie die Aufstockungsbeträge.

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Lohn- und Gehaltsrückstellungen	3.862.632,80 €	3.450.748,80 €

3.2 Unterhaltsvorschussrückstellungen

Die Durchführung des Unterhaltsvorschussgesetzes obliegt den Jugendämtern der Landkreise. Werden gegenüber den Unterhaltspflichtigen Rückforderungsansprüche durchgesetzt, sind 2/3 der Einzahlungen an das Land abzuführen. Für diese ungewisse Verbindlichkeit ist eine Rückstellung zu bilden.

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Unterhaltsvorschussrückstellungen	989.922,52 €	1.129.518,31 €

3.3 Stilllegungs- und Nachsorgerückstellungen für Abfalldeponien

Für ungewisse Verbindlichkeiten aus der Stilllegung und Nachsorge von Abfalldeponien sind Rückstellungen zu bilden. Im Landkreis Schwäbisch Hall wurde schon seit vielen Jahren eine Sonderrücklage für diesen Zweck angesammelt, die aus Abfallgebühren finanziert worden ist.

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Stilllegungs- und Nachsorgerückstellungen für Abfalldeponien	14.115.035,58 €	14.280.100,35 €

3.4 Gebührenüberschussrückstellungen

Am Ende des Gebührenbemessungszeitraums entstehende Kostenüberdeckungen sind in den Gebührenkalkulationen der folgenden fünf Jahre zwingend gebührenmindernd zu berücksichtigen. Die Kostenüberdeckung ist damit als Verbindlichkeit gegenüber dem Gebührenzahler anzusehen und als Rückstellung auszuweisen.
Bei dieser Bilanzposition handelt es sich um zu viel gezahlte Gebühren im Abfallbereich.

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Gebührenüberschussrückstellungen	3.601.766,35 €	3.251.968,97 €

Zum Abbau des Gebührenüberschusses siehe auch Teilhaushalt 7 (Seite 26).

3.7 Sonstige Rückstellungen

Unter die Position „sonstige Rückstellungen“ fallen freiwillig gebildete Rückstellungen. Neben den bereits vorhandenen Rückstellungen für die unterlassenen Instandhaltungsmaßnahmen bei den Beruflichen Schulen, für ausstehende Abfindungszahlungen des KVBW, für Nachforderungen des Bundes aufgrund der Revision Bildung und Teilhabe, für offene Bundeserstattungen beim behinderungsbedingten Mehraufwand und für den Bereich Nahverkehr wurden 2013 weitere Rückstellungen für die Unterhaltung der Landes- und Bundesstraßen gebildet.

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Rückstellung für unterl. Instandhaltung Berufl. Schulen	1.265.000,00 €	700.000,00 €
Rückstellung Forstbetrieb für Endabrechnung Land	109.979,57 €	0,00 €
Rückstellung Abfindungszahlungen KVBW	-346.882,64 €	-566.463,81 €
Rückstellung Revision Bildung und Teilhabe	100.000,00 €	100.000,00 €
Rückstellung behinderungsbedingter Mehraufwand	-666.700,00 €	-1.954.700,00 €
Rückstellungen Nahverkehr	411.000,00 €	51.000,00 €
Rückstellungen Landesstraßen	0,00 €	31.000,00 €
Rückstellungen Bundesstraßen	0,00 €	427.582,61 €
Sonstige Rückstellungen	**872.396,93 €**	**-1.211.581,20 €**

4. Verbindlichkeiten

4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen sind in Höhe des Rückzahlungsbetrages zu passivieren (siehe Schuldenübersicht Seite 32).

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	40.169.142,77 €	37.234.428,08 €

Aufgrund ausreichender liquider Mittel konnte im Haushaltsjahr 2013 auf die Aufnahme von Krediten zur Finanzierung der Investitionen verzichtet werden.

4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen weisen vorhandene Zahlungsverpflichtungen aus.

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Verpflichtungen aus Lieferungen und Leistungen	397.942,67 €	778.020,32 €

4.5 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen

Transferleistungen sind Aufwendungen ohne unmittelbar damit zusammenhängende Gegenleistung, z. B. Leistungen im sozialen Bereich. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen werden dann passiviert, wenn die Kommune ihre rechtliche Verpflichtung zur Zahlung noch nicht erfüllt hat.
Diese Bilanzposition umfasste nur den WAUS-Bereich (u. a. Sozialleistungen). Nach Umstellung auf SoJuHKR wurden die Verbindlichkeiten entsprechend der Gläubiger auch auf die Bilanzposition „Sonstige Verbindlichkeiten“ verteilt. Dabei handelt es sich um Verbindlichkeiten (z. B. Beistandschaften), die im eigentlichen Sinne privatrechtliche Verbindlichkeiten sind, der Landkreis diese aber als durchlaufende Gelder im Sozialbereich verbucht. In WAUS erfolgte keine Unterscheidung, sondern ein vollständiger Ausweis unter der Position „Verbindlichkeiten aus Transferleistungen“.

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	1.060.452,07 €	160.514,95 €

4.6 Sonstige Verbindlichkeiten

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten versteht man eine Sammel- und Auffangposition für Verbindlichkeiten, die keiner der sonstigen aufgeführten Verbindlichkeitsarten zuzuordnen sind.
Die sonstigen Verbindlichkeiten bestehen überwiegend aus Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit durchlaufenden Geldern (früher Sachbuch für haushaltsfremde Vorgänge).

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Sonstige Verbindlichkeiten	8.780.231,25 €	6.685.390,15 €

Unter der Bilanzposition werden u. a. die Mündelgelder erfasst. Die Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg (GPA) hat ergeben, dass die Mündelgelder mit einem zu hohen Betrag in der Bilanz ausgewiesen werden. Daher erfolgte eine Berichtigung in Höhe von ca. -5,6 Mio. € (siehe Punkt 5.2 Buchungen gegen das Basiskapital, S. 50).
Dagegen steht die Umverteilung der bisherigen Verbindlichkeiten aus Transferleistungen. Außerdem waren Forderungskonten der Aktivseite, welche am Ende des Geschäftsjahres ein Guthaben aufweisen (sog. kreditorische Debitoren) umzugliedern. Der Ausweis erfolgt bei diesen Konten auf der Passivseite der Bilanz unter den Sonstigen Verbindlichkeiten. 2013 wurden 2,3 Mio. € umgegliedert.

5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Als Passive Rechnungsabgrenzungsposten versteht man Einnahmen (z. B. im Voraus erhaltene Miete), die bereits im abzuschließenden Haushaltsjahr zugeflossen sind, aber zum Teil oder ganz künftigen Haushaltsjahren wirtschaftlich zuzurechnen sind.
Wie die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten dienen sie der zeitlichen Abgrenzung.

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013
Asylbewerberleistungen	598.275,17 €	1.047.982,07 €
Sozialleistungen	471.255,48 €	0,00 €
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	**1.069.530,65 €**	**1.047.982,07 €**

5.2 Buchungen 2013 gegen das Basiskapital

Basiskapital Stand 01.01.2013	144.826.501,95 €
Korrekturen Eröffnungsbilanz gemäß § 63 GemHVO	
• Nachaktivierung von Sonderposten für Bauwerke und Grundstücke im Bereich der Kreisstraßen	20.569.995,99 €
• Korrektur Anteil Regiebetrieb „Klinikimmobilien des Landkreises Schwäbisch Hall“	388.016,96 €
• Korrektur der Mündelgelder im Bestand der Forderungen und Verbindlichkeiten	3.085.178,96 €
Veränderung des Basiskapitals durch Sonderergebnis 2013	
Ein Fehlbetrag beim Sonderergebnis ist beim Jahresabschluss durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses zu verrechnen. Ist dies nicht möglich, ist der Fehlbetrag gegen das Basiskapital zu buchen	*-56.649,62 €*
Basiskapital Stand 31.12.2013	**120.726.660,42 €**

Die Prüfung der Eröffnungsbilanz durch die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg (GPA) hat folgendes ergeben:

- Sonderposten für (erhaltene) Investitionszuweisungen
  Die GPA hat bei ihrer Prüfung zur Eröffnungsbilanz festgestellt, dass lediglich Sonderposten für die Straßenkörper der Kreisstraßen pauschal aufgenommen wurden. Zur Vollständigkeit hätten Sonderposten auch für die Straßengrundstücke und Straßenbauwerke gebildet werden müssen. Im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten 2013 wurde die Aufnahme dieser Sonderposten i. H. v. 20.569.995,99 € nachgeholt und gegen das Basiskapital gebucht (siehe Punkt 2.1 „Sonderposten für (erhaltene) Investitionszuweisungen“, Seite 46).

Berechnungsgrundlage waren die Kreisstraßen, die vor dem 1.1.2011 aktiviert wurden, mit den Buchwerten zum 31.12.2012. In der Eröffnungsbilanz wurden Pauschalsätze für die Sonderposten verwendet, die auch bei der nachträglichen Aufnahme analog verwendet wurden. 60,13% aller Maßnahmen wurden zu 75% gefördert.

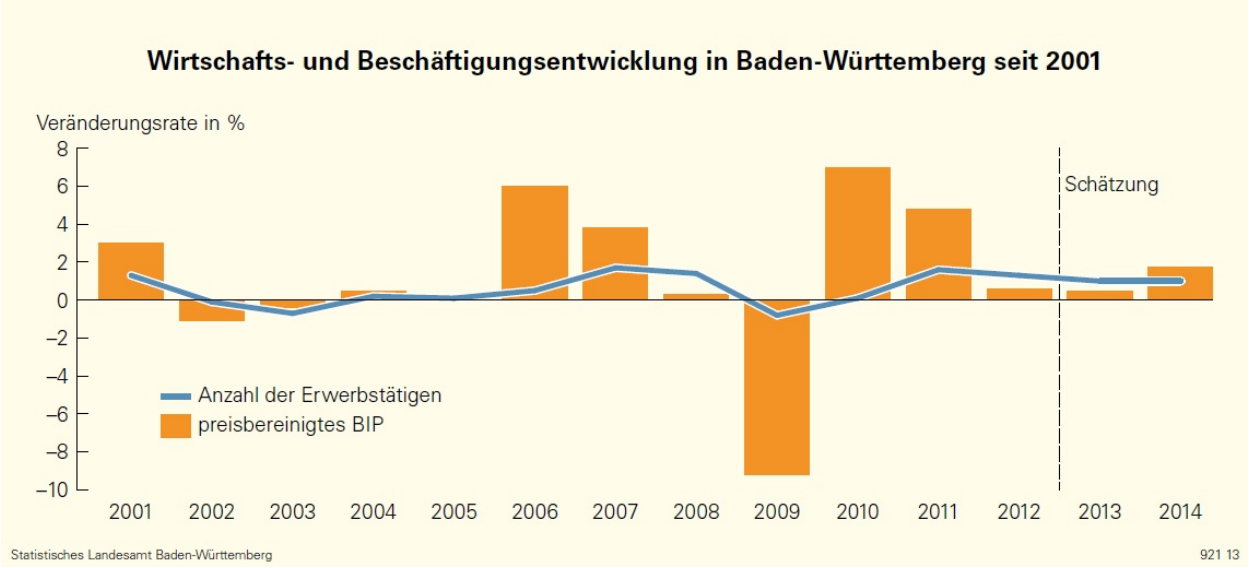
- Anteil Regiebetrieb „Klinikimmobilien des Landkreises Schwäbisch Hall“
  Der Regiebetrieb „Klinikimmobilien des Landkreises Schwäbisch Hall“ wurde mit der Summe aus der Kapital- und Gewinnrücklage des Regiebetriebes in der Bilanz des Landkreises Schwäbisch Hall aktiviert.
  Im Rahmen der Prüfung der GPA wurde festgestellt, dass Gewinnrücklagen nicht zu aktivieren sind. Die zum 31.12.2013 noch im Bilanzwert enthaltenen Gewinnrücklagen i. H. v. 388.016,96 € wurden gegen das Basiskapital ausgebucht (siehe Punkt 1.3.1 „Anteile an verbundenen Unternehmen“, Seite 40)

- Bestand an Mündelgeldern im Bestand der Forderungen und Verbindlichkeiten
  Der Anteil an der Gemeinschaftskasse spiegelt das Vermögen der Kunden im Bereich der Vormundschaften und Beistandschaften ab. Dieses Vermögen wird vom Landratsamt im Rahmen der Betreuung der Kunden verwahrt und verwaltet. Der Anteil an der Gemeinschaftskasse errechnet sich aus der Differenz der Ein- und Auszahlungen.
  In der Eröffnungsbilanz wurden alle Einnahme- und Ausgabereste aus der Kameralistik übernommen und entsprechend bilanziert. Bei diesen Sollstellungen handelt es sich jedoch um Forderungen der Kunden und nicht um Forderungen des Landkreises. Die Abbildung der gesamten Forderungen in der Bilanz des Landkreises würde somit die Vermögenslage des Landkreises Schwäbisch Hall unzutreffend darstellen. Daher waren die Forderungen i. H. v. 8.685.922,98 € zu bereinigen. Als Verbindlichkeiten sind ebenfalls nur die Gelder zu bilanzieren, die zum Stichtag 31.12. noch nicht an die Kunden weitergeleitet oder ausbezahlt wurden, nicht aber die gesamten Sollstellungen der Ausgabereste. Daher wurden auch die Verbindlichkeiten bereinigt (5.600.744,02 €).
  Der Saldo aus der Korrektur der Forderungen und Verbindlichkeiten i. H. v. 3.085.178,96 € wurde gegen das Basiskapital gebucht.

6 Rechenschaftsbericht § 54 GemHVO

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

„Wenn man Rück- und Ausblick auf ein Bild reduziert, könnte man sagen: Es ist bewölkt, es bleibt bewölkt, aber ohne die ganz dunklen Wolken“, sagte Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid am 20.12.2012 zur Meldung des Statistischen Landesamts über die Konjunktur-Prognose 2013. Die Statistiker gingen damals für das Jahr 2013 trotz Eurokrise und schwächelnder Nachfrage aus EU-Staaten von einem Wachstum von 1,25 Prozent aus. Tatsächlich kam es in Baden-Württemberg bis Ende 2013 dann zu einer Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 0,3 %. Es zeigt sich immer wieder: Vorhersagen sind Schätzwerte und schätzen kann fehlen.



Genauer planbar ist die Entwicklung der Kreisumlage, als wichtigste Einnahmequelle und damit entscheidende Stellschraube für die Planung des Kreishaushalts. Grundlage für die Erhebung der Kreisumlage und für die Zuweisungen aus dem Finanzausgleich ist die Steuerkraft, die 2 Jahre vorher in den Städten und Gemeinden des Landkreises Schwäbisch Hall erreicht wurde. Für den Haushalt 2013 also das Jahr 2011, in dem die Steuerkraft landesweit um 9,2 % anstieg. Im Landkreis Schwäbisch Hall betrug der Anstieg „nur“ 4,6 %. Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass der Einbruch der kommunalen Steuerkraft aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 mit -3,9 % für den Landkreis Schwäbisch Hall wesentlich geringer ausfiel als im Land Baden-Württemberg mit -12,3 % und im Jahr 2010 mit 5,8 % Zunahme der kommunalen Steuerkraft im Landkreis Schwäbisch Hall eine bessere wirtschaftlichen Erholung erreicht wurde als mit durchschnittlich 3 % im Land. Deshalb konnte bei gleichbleibendem Hebesatz in Höhe von 34,5 % ein um rd. 2,95 Mio. € höheres Kreisumlageaufkommen in 2013 erreicht werden.

Um möglichst hohe freie Mittel für dringend notwendige Investitionen ohne eine Erhöhung des Kreisumlage-Hebesatzes erwirtschaften zu können, mussten die Ansätze im Haushaltsplanentwurf 2013 knapp kalkuliert werden. Veranschlagt war ein Überschuss im Ergebnishaushalt in Höhe von 7,3 Mio. €. Abgeschlossen wurde zum Jahresende 2013 mit einem Gesamtergebnis von 11,03 Mio. €.

7 Anhang

7.1 Ergänzende Erläuterungen gem. § 53 GemHVO

7.1.1 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierungsmethoden regeln den Ansatz der Vermögensgegenstände und der Schulden dem Grunde nach („ob“), Bewertungsmethoden regeln die Höhe des Wertansatzes in der Bilanz („wie“).

Grundlage der Ansätze in der Vermögensrechnung (Bilanz) stellen die gesetzlichen Vorschriften und die Empfehlungen des „Leitfadens zur Bilanzierung nach den Grundlagen des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR) in Baden-Württemberg“ (Fassung vom Januar 2011) dar.

Von folgenden Bilanzierungswahlrechten wurde in der Eröffnungsbilanz Gebrauch gemacht:

- Bei beweglichen und immateriellen Vermögensgegenständen, deren Anschaffung oder Herstellung länger als 6 Jahre vor dem Stichtag für die Eröffnungsbilanz zurückliegt, wird von einer Inventarisierung und Aufnahme in die Vermögensrechnung abgesehen (§ 62 Abs. 1 GemHVO).
- Auf den Ansatz geleisteter Investitionszuschüsse nach § 52 Abs. 3 Nr. 2.2 wurde verzichtet (§ 62 Abs. 6 GemHVO).
- Für bewegliche Vermögensgegenstände des Sachvermögens bis zu einem Wert von 1.000,00 Euro ohne Umsatzsteuer wird von der Inventarisierungspflicht befreit (§ 38 Abs. 4 GemHVO).

Bei der Erstellung der Vermögensrechnung (Bilanz) wurden regelmäßig die allgemeinen Bewertungsgrundsätze nach § 43 Abs. 1 GemHVO angewandt. Diese Grundsätze sind:

- ✓ Grundsatz der formellen Bilanzkontinuität
  Die Wertansätze in der Vermögensrechnung des Haushaltsjahres (Eröffnungsbilanz) müssen mit den Wertansätzen der Vermögensrechnung des Vorjahres (Schlussbilanz) übereinstimmen. Dieser Grundsatz ist für diese Eröffnungsbilanz nicht relevant.

- ✓ Grundsatz der Einzelbewertung
  Die Vermögensgegenstände, Rückstellungen und Schulden sind zum Abschlussstichtag einzeln zu bewerten, soweit nichts anderes bestimmt ist.

- ✓ Grundsatz der wirklichkeitsgetreuen Bewertung (einschließlich Realisations- und Imparitätsprinzip)
  Das im Handelsrecht geltende Vorsichtsprinzip wird im Gemeindewirtschaftsrecht durch den Grundsatz der wirklichkeitsgetreuen Bewertung ersetzt. Aus dem Vorsichtsprinzip werden das Realisations- und Imparitätsprinzip abgeleitet. Diese gelten auch im kommunalen Bereich.
  Nach dem Realisationsprinzip dürfen Gewinne (Erträge) nur ausgewiesen werden, wenn sie am Abschlussstichtag tatsächlich realisiert sind. Dagegen müssen alle vorhersehbaren Risiken

und Verluste, die bis zum Abschlussstichtag entstanden sind, auch dann berücksichtigt werden, wenn sie noch nicht realisiert sind (Imparitätsprinzip).

- ✓ Grundsatz der Periodenabgrenzung
  Aufwendungen und Erträge des Haushaltsjahres sind unabhängig von den Zeitpunkten der entsprechenden Zahlungen im Jahresabschluss zu berücksichtigen. Sie sind den Haushaltsjahren zuzuordnen, in denen sie wirtschaftlich entstanden sind.

- ✓ Grundsatz der Bewertungsstetigkeit
  Nach diesem Grundsatz sollen die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewandten Bewertungsmethoden beibehalten werden. Auch dieser Grundsatz betrifft erst künftige Bilanzen.

Vermögensgegenstände wurden grundsätzlich mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um Abschreibungen, angesetzt.

Abschreibungsmethode ist die lineare Abschreibung entsprechend der zeitlichen Nutzung. Die jeweilige Nutzungsdauer basiert auf der Abschreibungstabelle für Baden-Württemberg in Abstimmung mit den jeweiligen Fachämtern über die örtliche betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer.

Erhaltene Investitionszuweisungen wurden in Höhe der Zuwendung als Sonderposten in der Bilanz passiviert und analog zur Abschreibung des Anlagegegenstandes über den Nutzungszeitraum der bezuschussten Anlagen aufgelöst.

Die Vorräte wurden nach § 37 Abs. 3 GemHVO als Ausnahme vom Grundsatz der Einzelbewertung zu jeweils einer Gruppe zusammengefasst und mit einem Durchschnittswert bewertet.

7.1.2 Abweichungen von den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Nach § 43 Abs. 1 Nr. 5 GemHVO wird grundsätzlich Stetigkeit der Bewertungsmethode gefordert. Nach diesem Grundsatz sollen die einmal angewandten Bewertungsmethoden beibehalten werden. Eine Abweichung ist nur in begründeten Ausnahmefällen möglich. Durch diese Regelung soll die Vergleichbarkeit des Jahresabschlusses gegenüber dem Vorjahr ermöglicht werden.

Während der Prüfung der Eröffnungsbilanz durch die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg wurde festgestellt, dass

- noch nicht passivierte Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen für Straßengrundstücke und -bauwerke nachzuholen sind sowie
- die Aktivierung der Gewinnrücklage des Regiebetriebes „Klinikimmobilien des Landkreises Schwäbisch Hall“ und
- der Ausweis der Mündelgelder bei den Forderungen und Verbindlichkeiten korrigiert werden müssen.

Diese Ergebnisse wurden im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses 2013 entsprechend berücksichtigt (siehe Punkt 5.2 „Buchungen gegen das Basiskapital“, Seite 50).

Ansonsten wurde von den bereits in der Eröffnungsbilanz angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden nicht abgewichen.

7.1.3 Angaben über die Einbeziehung von Zinsen für Fremdkapital in die Herstellungskosten

Gemäß § 44 Abs. 3 Satz 2 GemHVO dürfen Zinsen für Fremdkapital, das zur Finanzierung der Herstellung eines Vermögensgegenstandes verwendet wird, als Herstellungskosten angesetzt werden, soweit sie auf den Zeitraum der Herstellung entfallen.

Bei der Bewertung der Vermögensgegenstände wurden Zinsen für Fremdkapital nicht einbezogen.

7.1.4 Anteil des Landkreises Schwäbisch Hall an den beim Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg (KVBW) gebildeten Pensionsrückstellungen

Nach § 41 Abs. 2 Satz 2 GemHVO i. V. m. § 27 Abs. 5 GKV (Gesetz über den Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg) bildet der Kommunale Versorgungsverband Baden-Württemberg Rückstellungen für die Pensionsverpflichtungen aufgrund von beamtenrechtlichen oder vertraglichen Ansprüchen (Pensionsrückstellungen) für seine Mitglieder.

Daher sind in den kommunalen Bilanzen keine Pensionsrückstellungen auszuweisen. Im Anhang soll jedoch der auf die jeweilige Kommune entfallende Anteil der auf Grund von § 27 Abs. 5 GKV gebildeten Pensionsrückstellungen angegeben werden.

Anteil des Landkreises Schwäbisch Hall zum 31.12.2013 58.409.206 €

7.1.5 Verwendung liquider Mittel zur Finanzierung der Investitionen

Zur Finanzierung von Investitionen stehen folgende Finanzierungsquellen zur Verfügung:

- Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen, Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit
- Veräußerung von Sach- und Finanzvermögen
- Verwendung liquider Mittel (§ 22 Abs. 2 GemHVO)
- Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten

Im Haushaltsjahr 2013 wurden die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit i. H. v. 10.448.344,68 € wie folgt finanziert:

Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit	8.653.375,20 €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	552.367,99 €
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0,00 €
abzüglich Auszahlungen für Tilgungen	2.731.479,14 €
= Finanzierungsmittel	***6.474.264,05 €***
abzüglich Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	10.448.344,68 €
= Inanspruchnahme Bestand an liquiden Mitteln	***- 3.974.080,63 €***

Nach § 22 Abs. 2 i. V. m. § 53 Abs. 2 Nr. 5 GemHVO ist die Verwendung liquider Mittel als innere Darlehen zur Finanzierung von Investitionen im Anhang zum Jahresabschluss darzustellen und zu erläutern. Bei inneren Darlehen handelt es sich gem. § 61 Nr. 20 GemHVO um die vorübergehende Inanspruchnahme von liquiden Mitteln aus zweckgebundenen Rücklagen, langfristigen Rückstellungen (z. B. Rückstellungen für die Nachsorge von Abfalldeponien) und Sondervermögen ohne Sonderrechnung.

Zum 31.12.2013 bestanden keine inneren Darlehen.

7.1.6 Übertragene Ermächtigungen (Haushaltsübertragungen)

Es wurden insgesamt 10.204.272,69 € ins Jahr 2014 übertragen, davon waren 9.182.773,80 € investiv.

Haushaltsübertragungen	**10.204.272,69 €**
Budgetüberträge bei den Ämtern	836.069,00 €
Geräte, Lehr- und Unterrichtsmittel sowie Lernmittel bei Kreisschulen	53.294,33 €
Baumaßnahmen an Schulgebäuden	724.985,56 €
Erwerb bew. Vermögensgegenstände Schulen	417.941,80 €
Neubau Asylbewerberwohnheim CR	881.732,00 €
Hochbaumaßnahmen Landratsamt SHA	1.100.000,00 €
Landkreisanteil Sanierung Tiefgarage	900.000,00 €
Baumaßnahmen an Kreisstraßen (inkl. bew. Vermögensgegenstände)	2.748.600,00 €
Baukostenzuschuss Klinikum	2.000.000,00 €
Gesundheitskonferenz	36.000,00 €
Projekt Comenius	21.150,00 €
Investitionszuwendungen Leitstelle	484.500,00 €

7.1.7 Nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigungen

Die Haushaltssatzung des Haushaltsjahres 2013 sieht eine Kreditermächtigung in Höhe von 2.934.720 € vor. Diese sowie eine nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigung aus 2012 in Höhe von 1.752.900 € wurden bis zum Bilanzstichtag nicht in Anspruch genommen.

7.1.8 Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre (§ 42 GemHVO)

Nach § 42 GemHVO sind unter der Vermögensrechnung die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre aufzuführen. Dabei handelt es sich insbesondere um Bürgschaften, Gewährleistungen, eingegangene Verpflichtungen und in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen sowie Haftungsverhältnisse, auch wenn ihnen gleichwertige Rückgriffsforderungen gegenüberstehen. Unter der Vermögensrechnung darf jede Vorbelastung in einem Betrag ausgewiesen werden. Im Anhang sind die unter der Vermögensrechnung aufzuführenden Vorbelastungen anzugeben und ggf. zu erläutern.

- ***Bürgschaften***

Der Landkreis hat im Jahr 2000 eine selbstschuldnerische Bürgschaft für die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Schwäbisch Hall mbH (WFG) gegenüber der Europäischen Kommission bis zu einem Betrag von 430.000,00 € übernommen.

Weiterhin wurden folgende Ausfallbürgschaften für Darlehensaufnahmen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Schwäbisch Hall mbH übernommen:

- 2005: 4.380.000,00 €
- 2006: 1.140.000,00 €
- 2007: 700.000,00 €
- 2008: 800.000,00 €
- 2010: 800.000,00 €

- ***Gewährleistungen***

Es bestehen Gewährträgerschaften des Landkreises Schwäbisch Hall gegenüber dem Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg für die Zusatzversorgung

- der beim Kreisverein Schwäbisch Hall e.V. des Deutschen Roten Kreuzes beschäftigten Arbeitnehmer (1977)
- der beim Landschaftserhaltungsverband für den Landkreis Schwäbisch Hall e.V. beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (1995)
- der bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Schwäbisch Hall mbH (WFG) beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2001)
- der bei der Landkreis Schwäbisch Hall Klinikum gGmbH beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2006).

Die Höhe der vom Landkreis Schwäbisch Hall gegenüber dem Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg übernommenen Gewährträgerschaften ist nicht beziffert.

- ***Verpflichtungen aus Leasingverträgen***

Zum 31.12.2013 bestehen Leasingverträge für 16 Fahrzeuge. Daraus ergeben sich finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 89.478,05 €.

- ***Übertragene Haushaltsermächtigungen und nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigungen***

Die übertragenen Haushaltsermächtigungen und nicht in Anspruch genommenen Kreditermächtigungen sind unter Punkt 5.1.6 und 5.1.7 erläutert.

7.2 Organe des Landkreises

Landrat und Mitglieder des Kreistags

Seit 1. Januar 2004 ist Gerhard Bauer Landrat des Landkreises Schwäbisch Hall. Er leitet das Landratsamt und ist Vorsitzender des Kreistages. Nach seiner Wiederwahl am 04.10.2011 hat die neue, acht Jahre lange Amtsperiode von Landrat Gerhard Bauer am 01.01.2012 begonnen.
Am 7. Juni 2009 wurde der Kreistag für die Amtsperiode 2009 - 2014 neu gewählt.

Mitglieder des Kreistages 2013:

Freie:

1. Bay, Friedrich
2. Binnig, Wolfgang
3. Bock, Markus
4. Fischer, Robert
5. Gröner, Siegfried
6. Hedrich, Karl-Heinz
7. Hofmann, Friedrich
8. Izsak, Klemens
9. Köger, Klaus
10. Schumm, Klaus-Dieter
11. Silberzahn, Jürgen
12. Simsch, Dr. Christoph
13. Strack, Werner
14. Trittner, Siegfried
15. Tschampa, Timo
16. Wackler, Kurt
17. Waller, Friedrich
18. Wunderlich, Friedrich
19. Wurmthaler, Roland

CDU:

20. Bleher, Helmut
21. Dierolf, Werner
22. Frank, Walter H.
23. Gulden, Werner
24. Heisig, Hans-Christoph
25. Holl, Herbert
26. Kubin, Günther
27. Noller, Hans Volker
28. Piott, Martin
29. Rabe, Uta
30. Rechtenbacher, Franz
31. Reutter, Peter-Otto
32. Schmidt-Weiss, Werner
33. Strobel, Matthias
34. Ströbel, Brigitte
35. Wackler, Wilhelm
36. Zielosko, Jens

SPD:

37. Eichele, Karl
38. Fischer, Rudi
39. Hartleitner, Helga
40. Pelgrim, Hermann-Josef
41. Sakellariou MdL, Nikolaos
42. Scharch, Jürgen
43. Schlenvoigt, Georg
44. Schorpp, Rüdiger
45. Zipperer, Hans

Grüne/ÖDP:

46. Braun, Beate
47. Feuchter, Hans-Joachim
48. Gansky, Peter
49. Herrmann, Andrea
50. Huppenbauer, Reinhard
51. Kern-Kalinke, Claudia
52. Zahn, Friedrich

FDP:

53. Blobel, Prof. Dr. Reiner
54. Brauer, Stephen
55. Bullinger MdL, Dr. Friedrich
56. Dollmann, Florian
57. Heilenmann, Dr. Jochen
58. Lober, Friedrich

7.3 Vermögensübersicht

Vermögen			Stand des Vermögens zum 01.01. des Haushaltsjahres -Euro-	Vermögensveränderungen: Vermögenszugänge im Haushaltsjahr -Euro-	Vermögensabgänge im Haushaltsjahr -Euro-	Umbuchungen im Haushaltsjahr -Euro-	Zuschreibungen im Haushaltsjahr -Euro-	Abschreibungen im Haushaltsjahr -Euro-	Stand des Vermögens zum 31.12. des Haushaltsjahres -Euro-
1			2	3	4	5	6	7	8
1.	**Immaterielle Vermögensgegenstände**		105.453 €	103.915 €	1 €	0 €	0 €	46.738 €	162.629 €
2.	**Sachvermögen (ohne Vorräte)**		**237.488.869 €**	**5.656.051 €**	**377.289 €**	**1.215.460 €**	**0 €**	**8.658.190 €**	**235.324.901 €**
	2.1	Unbebaute Grundstücke grundstücksgleiche Rechte	653.434 €	127.070 €	0 €	0 €	0 €	1.632 €	778.872 €
	2.2	Bebaute Grundstücke grundstücksgleiche Rechte	57.260.282 €	409.656 €	335.888 €	167.262 €	0 €	1.867.191 €	55.634.121 €
	2.3	Infrastrukturvermögen	172.294.450 €	1.241.318 €	1.122 €	1.593.532 €	0 €	5.629.958 €	169.498.220 €
	2.4	Bauten auf fremden Grundstücken	20.618 €	86.197 €	0 €	-85.504 €	0 €	2.882 €	18.428 €
	2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	1.800 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	1.800 €
	2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	4.970.675 €	969.731 €	22.047 €	-7.184 €	0 €	774.731 €	5.136.444 €
	2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.742.795 €	479.601 €	18.233 €	398 €	0 €	381.796 €	1.822.766 €
	2.8	Geleistete Auszahlungen, Anlagen im Bau	544.815 €	2.342.479 €	0 €	-453.045 €	0 €	0 €	2.434.249 €
3.	**Finanzvermögen (ohne Forderungen und liquide Mittel)**		**28.754.398 €**	**37.300.478 €**	**44.091.921 €**	**0 €**	**0 €**	**5.166 €**	**21.957.789 €**
	3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	8.789.321 €	2.300.478 €	388.017 €	0 €	0 €	0 €	10.701.782 €
	3.2	Sonst. Beteilig. U. Kapitaleinlagen in Zweckverbänden, Stiftungen o. and. Kommunalen Zusammenschlüssen	347.017 €	0 €	31.405 €	0 €	0 €	5.166 €	310.447 €
	3.3	Sondervermögen	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	3.4	Ausleihung	460.000 €	0 €	172.500 €	0 €	0 €	0 €	287.500 €
	3.5	Wertpapiere	19.158.060 €	35.000.000 €	43.500.000 €	0 €	0 €	0 €	10.658.060 €
Insgesamt			**266.348.720 €**	**43.060.445 €**	**44.469.211 €**	**1.215.460 €**	**0 €**	**8.710.094 €**	**257.445.319 €**

7.4 Forderungsübersicht

Art der Forderung	Gesamtbetrag am 01.01. des Haushaltsjahres *	Zugänge im Haushaltsjahr	Zuschreibungen im Haushaltsjahr	Abschreibungen im Haushaltsjahr	Gesamtbetrag am 31.12. des Haushaltsjahres	Restlaufzeit **		
						bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen	1.903.309,21 €	1.572.637,58 €	19.590,98 €	268.798,80 €	3.226.738,97 €			
2. Forderungen aus Transferleistungen	12.348.653,57 €	7.190.052,84 €	1.401.934,10 €	14.334.423,49 €	6.606.217,02 €			
3. Privatrechtliche Forderungen	2.320.124,59 €	9.810.036,12 €	252.382,31 €	10.583.540,69 €	1.799.002,33 €			
Summe aller Forderungen	**16.572.087,37 €**	**18.572.726,54 €**	**1.673.907,39 €**	**25.186.762,98 €**	**11.631.958,32 €**			

* entspricht Stand zum 31.12. des Vorjahres

** keine Pflichtangabe

7.5 Übersicht über- und außerplanmäßige Ausgaben über 25.000 €

Kostenstelle/ Auftrag	Kostenstelle/ Auftrag Beschreibung	Kostenart	Kostenart Beschreibung	Plan 2013 in €	Ist in €	
11145004	42 Integrationsförderung	4491*	Sonstige Aufw. a. lfd. Vw-Tätigkeit	147.000,00	208.690,91	2
I11204200000	Erwerb bew. Vermögen EDV	78310000	Erwerb immat. u. bwgl. Sachen des AV	166.000,00	293.450,71	
11215300/5099	11 Fortbildung	42620000	Aus- u. Fortbildung, Umschulung	86.000,00	120.291,64	
11225300	Buchhaltung, Rechnungslegung, HHRechnung	4272+4273	Aufw. für EDV und bez. Leist. und Waren	10.500,00	38.354,17	
11243101	Vw u. Bew Gebäude LRA SHA	42110000	Unterh. Grundst. und bauli. Anlagen	85.000,00	192.521,59	
11243999	Vw u. Bew Büros Straßenmeistereien VRG	42110000	Unterh. Grundst. und bauli. Anlagen	100.000,00	136.123,98	
12225002	42 Ausländerrecht	4431*	Geschäftsaufwendungen	9.000,00	35.664,20	
21303002	Gebäude Gewerbl. Schule CR	42110000	Unterh. Grundst. und bauli. Anlagen	310.000,00	397.237,14	
21303004	Gebäude Kaufm. Schule SHA	42110000	Unterh. Grundst. und bauli. Anlagen	105.000,00	151.173,06	
21303005	Gebäude Kaufm. Schule CR	42110000	Unterh. Grundst. und bauli. Anlagen	75.000,00	165.584,47	
21303007	Gebäude SES Schwäbisch Hall	42110000	Unterh. Grundst. und bauli. Anlagen	195.000,00	342.720,08	
21305001	Schulbetrieb Gew. Schule SHA	4272+4273	Aufw. für EDV und bez. Leist. und Waren	90.000,00	166.931,86	1
21305002	Schulbetrieb Gew. Schule CR	4272+4273	Aufw. für EDV und bez. Leist. und Waren	130.000,00	178.084,65	1
21305005	Schulbetrieb Kaufm. Schule CR	4272+4273	Aufw. für EDV und bez. Leist. und Waren	70.000,00	112.231,08	1
311001*	Hilfe zur Pflege	433*	Soziale Leistungen	6.406.000,00	6.436.771,41	
311002*	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	433*	Soziale Leistungen	32.306.300,00	32.830.968,43	
311003*	Hilfen zur Gesundheit	433*	Soziale Leistungen	413.300,00	595.621,59	
31100502	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	433*	Soziale Leistungen	8.418.500,00	8.957.614,63	
31200203	Psychosoziale Betreuung nach § 16 Abs. 2	4452+4461	Soziale Leistungen	110.000,00	141.351,46	
312003	Einmalige Leistungen SGB II	44610000	Leist. bet. Umsetz. Grundsich. Arbeitss.	190.000,00	274.655,38	
313001	Hilfen für Flüchtlinge	433*	Soziale Leistungen	1.157.500,00	1.278.561,38	
31403000	42 Wohnheimgebäude	42310000	Mieten und Pachten	75.600,00	159.532,10	
31403000+ 31405000	42 Wohnheimgebäude und Unterkünfte	4211,424*, 4272+4273	Unterhaltung und Bewirtschaftung	158.800,00	329.278,59	
315001	Fürsorgeleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	433*	Soziale Leistungen	696.360,00	1.111.408,10	
3190*	Bildung und Teilhabeleistungen Empf. Wohngeld + KiZ	433*	Soziale Leistungen	122.700,00	258.145,42	
363002*	Förderung der Erziehung in der Familie	433*+435*	Soziale Leistungen	410.000,00	858.546,87	
36300301	Hilfen zur Erziehung	433*	Soziale Leistungen	7.165.000,00	8.663.785,02	
36300302	Eingliederungsh./Hilfen junge Volljährig	433*+4452	Soziale Leistungen	3.980.000,00	4.091.988,61	
365003	finanz. Förderg. von Kindern in Tageseinrichtungen	433*	Soziale Leistungen	1.100.000,00	1.296.242,09	
I51114000000	Erwerb bew. Vermögen Vermessungsamt		Techn. Anlagen/ Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00	41.479,83	
I53704300000	Erwerb bew. Vermögen Wertstoffhöfe		Betriebsvorrichtung	0,00	36.935,99	
53705001	Abfallentsorgung ab Haus	4291*	Sammlung, Transport und Entsorgung Papier und Hausmüll	4.887.900,00	5.169.168,86	

I54204000000	Erwerb bew. Vermögen Straßenbauamt		Fahrzeuge/ Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00	30.183,96
54205001	13 Kreisstraßen Direktaufwand	4272+4273	Aufw. für EDV und bez. Leist. und Waren	30.500,00	72.505,03
54305000	13 Landesstraßen Gemeinschaftsaufwand	44570000	Erstattungen an private Unternehmen	120.000,00	157.900,80
54305001	13 Landesstraßen Direktaufwand	42120000	Unterh. des sonst. unbeweglichen Vermögens	420.000,00	568.434,32
5420/5430/ 54405000	13 Kreis-, Landes-, Bundesstraßen Gemeinschaftsaufwand	42120000	Unterh. des sonst. unbeweglichen Vermögens	1.190.000,00	2.772.878,94

Bei außerplanmäßigen Aufwendungen oder Auszahlungen handelt es sich um Aufwendungen/Auszahlungen, für die im Haushaltsplan keine Ermächtigung veranschlagt und keine aus den Vorjahren übertragenen Ermächtigungen (Haushaltsübertragungen) verfügbar sind.

[1] Finanzierung erfolgt im Rahmen des Schulbudgets, indem z. B. weniger Beschaffungen beim beweglichen Anlagevermögen getätigt wurden
[2] Finanzierung erfolgt durch Kostenerstattungen von Dritten, meist um ein/zwei Haushaltsjahre versetzt

Die Ergebnisse einiger Produktgruppen und Kostenstellen weichen deutlich von den Haushaltsplanansätzen ab. Dies hat seinen Grund in der Umstellung auf die doppische Buchführung. Die Zuordnung der Buchungen zu den neuen Sachkonten und Produktgruppen war auch zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2013 noch nicht in allen Bereichen eindeutig und musste zum Teil im Buchungsjahr geändert werden. Dies wurde bei der Erstellung dieser Auflistung berücksichtigt.

Den überplanmäßigen Ausgaben im Sozialbereich stehen überwiegend höhere oder kostendeckende Einnahmen gegenüber.

8 Regiebetrieb „Klinikimmobilien des Landkreises Schwäbisch Hall“

8.1 Abschluss und Lagebericht 2013

Gründung und Entwicklung:

Der Regiebetrieb „Klinikimmobilien des Landkreises Schwäbisch Hall“ wurde mit Satzung vom 13.03.2007 rückwirkend zum 01.01.2006 durch den Kreistag gegründet. Der Betrieb wurde vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Der Regiebetrieb verpachtete mit Vertrag vom 05.06.2007 die dem Krankenhausbetrieb dienenden Grundstücke und Gebäude zum Preis von 1 € pro Jahr an die Landkreis Schwäbisch Hall Klinikum gGmbH; gegründet ebenfalls zum 01.01.2006.

Das Krankenhaus Gaildorf wurde zu Zeiten der Gesundheitsholding, die im Jahr 2008 vom Landkreis und dem Evangelischen Diakoniewerk Schwäbisch Hall e.V. gegründet wurde, an das Diakonie-Klinikum Schwäbisch Hall gGmbH übertragen. Die Gesundheitsholding wurde zum 31.12.2011 aufgegeben und durch eine strategische Partnerschaft ersetzt. Seither ist der Landkreis wieder alleiniger Gesellschafter der Landkreis Schwäbisch Hall Klinikum gGmbH. Die Betriebsstelle Gaildorf des Diakonie-Klinikums ist zum 30.6.2012 aufgeben worden. Seit diesem Zeitpunkt findet in Gaildorf kein Krankenhausbetrieb mehr statt.

Der Regiebetrieb hat 2007 beim Krankenhaus Crailsheim eine Cafeteria errichtet und an die Firma pcp plus catering profis hauswirtschaftliche Dienstleistungen AG, Rodgau, verpachtet.
Die Einrichtung ist als Betrieb gewerblicher Art beim Finanzamt angemeldet. Die angefallene Vorsteuer wird geltend gemacht bzw. die anfallende Mehrwertsteuer abgeführt. Außerdem vermietet der Regiebetrieb seit Jahresbeginn 2011 die für den Betrieb eines Magnetresonanztomographen (MRT) hergestellten Räume. Auch hier sind Bau und Vermietung als Betrieb gewerblicher Art mit den entsprechenden Konsequenzen dem Finanzamt gemeldet worden.

Wirtschaftsplan:

Für das Jahr 2013 wurde am 18.12.2012 vom Kreistag im Rahmen der Haushaltsplanverabschiedung ein Wirtschaftsplan beschlossen, der im Erfolgsplan Erträge von 2.170.027 € und Aufwendungen in gleicher Höhe vorsah; im Vermögensplan Einnahmen und Ausgaben von 18.851.163 €. Die Buchführung des Betriebs hat nach den Regeln der Krankenhausbuchführungsverordnung zu erfolgen. Der Regiebetrieb verfügt über ein eigenes Bankkonto.

Jahresabschluss:

Zum 31.12.2013 ist der vorgeschriebene Abschluss mit Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Stand des Anlagevermögens sowie Stand der vorhandenen Darlehen gefertigt worden.

Geschäftsverlauf:

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist für 2013 einen Fehlbetrag in Höhe von 233.754,96 € aus, welcher aus den vorhandenen Gewinnrücklagen abgedeckt werden konnte. Deren Bestand verringerte sich zum 31.12.2013 auf 388.016,96 €. Das Eigenkapital belief sich am 31.12.2013 auf 10.943.974,50 €. Die Differenz zum Vorjahr in Höhe von rd. 2,3 Mio. € resultiert aus der Erhöhung der Kapitalrücklage, der neben den jährlichen Tilgungserstattungen in Höhe von insgesamt 351.163 €, ein Baukostenzuschuss für den Klinikneubau in Crailsheim in Höhe von 3 Mio. € sowie Investitionen für den Brandschutz in Höhe von 120.893 € zugeführt wurden. Entnommen wurden die jährlichen Abschreibungen auf das Anlagevermögen in Höhe von 511.076 € für die Klinikimmobilie Crailsheim und 425.732 € für die Klinikimmobilie Gaildorf.

Als Verbindlichkeit nach dem KHG für noch nicht zweckentsprechend verwendete Fördermittel wurde der bewilligte Landeszuschuss in Höhe von 26 Mio. € für den Krankenhausneubau in Crailsheim auf der Passivseite der Bilanz eingebucht. Dieser wird nach Inbetriebnahme des Neubaus in einen Sonderposten Fördermittel umgewandelt, der dann fortlaufend um die dann entstehenden Abschreibungen vermindert wird. Im Aktiva wurde das Umlaufvermögen um 18,5 Mio. € erhöht. 7,5 Mio. € Zuschuss wurden bereits zur Finanzierung des Klinikneubaus vom Land ausbezahlt. Das Anlagevermögen wuchs durch den Klinikneubau auf 21,008 Mio. €.

Der Gesamtbilanzverlust setzt sich aus einem Gewinn in Crailsheim mit 19.478,90 € und einem Verlust in Gaildorf mit 253.233,86 € zusammen. Grund für den Verlust in Gaildorf sind die Betriebskosten für die zu dieser Zeit noch in großen Teilen leerstehende Immobilie sowie die Umbaumaßnahmen für die Umwandlung zum „CentrumMensch“ - einem Dienstleistungs- und Gründerzentrum für „Gesundheit & Service“.

Der Schuldenstand des Regiebetriebs belief sich zum 31.12.2012 auf 3.277.201,88 €.

Personal:

Die Leitung des Betriebs obliegt dem Kreiskämmerer (Herr Werner Schmidt), die Buchführung wird ebenfalls von der Kämmerei (Herr Manfred Hofmann) erledigt. Der Regiebetrieb hat kein eigenes Personal und damit auch keine Personalausgaben.

Schwäbisch Hall, den 25.07.2014

Schmidt
Kreiskämmerer

Bilanz des Regiebetriebs "Klinikimmobilien Landkreis Schwäbisch Hall"

Aktiva	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	Passiva	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Anlagevermögen	21.009.157,16	17.171.941,81	3.837.215,35	Kapitalrücklagen	10.556.217,54	8.020.968,94	2.535.248,60
Umlaufvermögen	24.230.049,29	982.667,38	23.247.381,91	Gewinnrücklage	388.016,96	622.787,22	- 234.770,26
Rechnungsabgrenzung	21.299,65		21.299,65	Fördermittel	4.560.552,00	5.211.828,00	- 651.276,00
				Verbindlichkeiten	29.755.719,60	4.299.025,03	25.456.694,57
Summe Aktiva	**45.260.506,10**	**18.154.609,19**	**27.105.896,91**	**Summe Passiva**	**45.260.506,10**	**18.154.609,19**	**27.105.896,91**

G + V des Regiebetriebs "Klinikimmobilien Landkreis Schwäbisch Hall"

Aktiva	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	Passiva	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Betriebserträge	226.313,46	118.145,07	108.168,39	Betriebsaufwand	236.464,33	145.090,28	91.374,05
Zinszuschuss Landkreis	97.891,07	81.685,75	16.205,32	Abschreibungen	1.588.084,57	1.706.690,63	- 118.606,06
Auflösung Fördermittel	651.276,00	5.725.912,00	- 5.074.636,00	Betriebsaufwand	228.384,81	4.993.040,64	- 4.764.655,83
				Zinsaufwand	92.716,07	75.648,25	17.067,82
Summe Erträge	**975.480,53**	**5.925.742,82**	**- 4.950.262,29**	**Summe Aufwendungen**	**2.145.649,78**	**6.920.469,80**	**- 4.774.820,02**
Zwischensumme Erträge	**975.480,53**	**5.925.742,82**	**- 4.950.262,29**				
Zwischensumme Aufwand	**2.145.649,78**	**6.920.469,80**	**- 4.774.820,02**				
Ergebnis Geschäftstätigkeit	**- 1.170.169,25**	**- 994.726,98**	**- 175.442,27**				
Steuern	- 394,28	- 394,28	-				
A. o. Aufwand	-	-	-				
Entnahme aus Rücklagen	936.808,57	921.686,63	15.121,94				
Überschuss/ -fehlbetrag	**- 233.754,96**	**- 73.434,63**	**- 160.320,33**				

Bilanz der Klinikimmobilie Crailsheim

Aktiva	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	Passiva	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Anlagevermögen	16.104.717,56	11.841.770,21	4.262.947,35	Kapitalrücklagen	6.614.364,94	3.769.524,34	2.844.840,60
Umlaufvermögen	24.230.049,29	730.968,84	23.499.080,45	Gewinnrücklagen	388.016,96	535.154,13	- 147.137,17
Rechnungsabgrenzung	21.299,65	-	21.299,65	Fördermittel	4.560.552,00	5.211.828,00	- 651.276,00
				Verbindlichkeiten	28.793.132,60	3.056.232,58	25.736.900,02
Summe Aktiva	**40.356.066,50**	**12.572.739,05**	**27.783.327,45**	**Summe Passiva**	**40.356.066,50**	**12.572.739,05**	**27.783.327,45**

G + V der Klinikimmobilie Crailsheim

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung		31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Betriebserträge	25.873,05	27.145,93	- 1.272,88	Betriebsaufwand	8.774,14	8.323,14	451,00
Zinszuschuss Landkreis	67.739,03	48.077,30	19.661,73	Abschreibungen	1.162.352,57	1.147.244,83	15.107,74
Auflösung Fördermittel	651.276,00	651.277,00	- 1,00	Betriebsaufwand	2.400,73	5.055,44	- 2.654,71
				Zinsaufwand	62.564,03	42.039,80	20.524,23
Summe Erträge	**744.888,08**	**726.500,23**	**18.387,85**	**Summe Aufwendungen**	**1.236.091,47**	**1.202.663,21**	**33.428,26**
Zwischensumme Erträge	**744.888,08**	**726.500,23**	**18.387,85**				
Zwischensumme Aufwand	**1.236.091,47**	**1.202.663,21**	**33.428,26**				
Ergebnis Geschäftstätigkeit	**- 491.203,39**	**- 476.162,98**	**- 15.040,41**				
Steuern	- 394,28	- 394,28	-				
Entnahme aus Rücklagen	511.076,57	495.967,83	15.108,74				
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	**19.478,90**	**19.410,57**	**68,33**				

Bilanz der Klinikimmobilie Gaildorf

Aktiva	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	Passiva	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Anlagevermögen	4.904.439,60	5.330.171,60	- 425.732,00	Kapitalrücklagen	3.941.852,60	4.251.444,60	- 309.592,00
Umlaufvermögen	-	251.698,54	- 251.698,54	Gewinnrücklage	-	87.633,09	- 87.633,09
			-	Fördermittel	-	-	-
				Verbindlichkeiten	962.587,00	1.242.792,45	- 280.205,45
Summe Aktiva	**4.904.439,60**	**5.581.870,14**	**- 677.430,54**	**Summe Passiva**	**4.904.439,60**	**5.581.870,14**	**- 677.430,54**

G + V der Klinikimmobilie Gaildorf

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung		31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Betriebserträge	200.440,41	90.999,14	109.441,27	Betriebsaufwand	227.690,19	136.767,14	90.923,05
Zinszuschuss Landkreis	30.152,04	33.608,45	- 3.456,41	Abschreibungen	425.732,00	559.445,80	- 133.713,80
Auflösung Fördermittel	-	5.074.635,00	- 5.074.635,00	Betriebsaufwand	225.984,08	4.987.985,20	- 4.762.001,12
				Zinsaufwand	30.152,04	33.608,45	- 3.456,41
Summe Erträge	**230.592,45**	**5.199.242,59**	**- 4.968.650,14**	**Summe Aufwendungen**	**909.558,31**	**5.717.806,59**	**- 4.808.248,28**
Zwischensumme Erträge	**230.592,45**	**5.199.242,59**	**- 4.968.650,14**				
Zwischensumme Aufwand	**909.558,31**	**5.717.806,59**	**- 4.808.248,28**				
Ergebnis Geschäftstätigkeit	**- 678.965,86**	**- 518.564,00**	**- 160.401,86**				
A. o. Aufwand	-	- 1.395,00	- 1.395,00				
Entnahme aus Rücklagen	425.732,00	425.718,80	13,20				
Überschuss/ -fehlbetrag	**- 253.233,86**	**- 94.240,20**	**- 161.783,66**				

9 Anlagen

Gesamtergebnisrechnung

Gesamtfinanzrechnung

Gesamtergebnisrechnung
2013

Gesamtergebnisrechnung

lfd. Nr.		Gesamtergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis Vorjahr 2012 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2013 EUR	Ergebnis 2013 EUR	Vergleich Ansatz-Ergebnis EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs-übertragung aus 2012 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs-übertragung nach 2014 EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	459.894,33	450.000	1.062.669,12	612.669-	0	0,00	612.669-	0,00
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen und aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	145.578.281,37	147.062.180	155.383.166,54	8.320.987-	0	0,00	8.320.987-	0,00
3	+	Sonstige Transfererträge	6.531.735,71	6.754.000	7.045.564,29	291.564-	0	0,00	291.564-	0,00
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	9.997.979,60	9.656.040	10.057.635,55	401.596-	0	0,00	401.596-	0,00
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	607.131,20	523.760	597.360,28	73.600-	0	0,00	73.600-	0,00
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	15.488.437,68	19.813.790	20.002.994,22	189.204-	0	0,00	189.204-	0,00
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	468.547,83	379.180	417.349,49	38.169-	0	0,00	38.169-	0,00
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	2.956.619,17	2.507.120	5.305.464,33	2.798.344-	0	0,00	2.798.344-	0,00
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	**182.088.626,89**	**187.146.070**	**199.872.203,82**	**12.726.134-**	**0**	**0,00**	**12.726.134-**	**0,00**
11	-	Personalaufwendungen	42.493.637,54-	44.505.390-	42.998.617,76-	1.506.772-	0	0,00	1.506.772-	0,00
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	21.666.025,09-	21.334.040-	24.129.664,95-	2.795.625	0	49.813,00-	2.745.812	53.294,33-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	9.987.184,91-	4.839.270-	9.450.774,89-	4.611.505	0	0,00	4.611.505	0,00
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.390.960,68-	1.368.060-	1.263.368,30-	104.692-	0	0,00	104.692-	0,00
16	-	Transferaufwendungen	78.671.471,86-	78.954.740-	81.974.458,22-	3.019.718	0	0,00	3.019.718	0,00
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	28.269.491,58-	28.844.280-	28.972.119,25-	127.839	0	1.167.457,00-	1.039.618-	968.204,56-
18	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	**182.478.771,66-**	**179.845.780-**	**188.789.003,37-**	**8.943.223**	**0**	**1.217.270,00-**	**7.725.953**	**1.021.498,89-**

Gesamtergebnisrechnung
EUR

lfd. Nr.		Gesamtergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis Vorjahr 2012 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2013 EUR	Ergebnis 2013 EUR	Vergleich Ansatz-Ergebnis EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs-übertragung aus 2012 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs-übertragung nach 2014 EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8
19	**=**	**Ordentliches Ergebnis**	**390.144,77-**	**7.300.290**	**11.083.200,45**	**3.782.910-**	**0**	**1.217.270,00-**	**5.000.180-**	**1.021.498,89-**
20	+/-	Fehlbetragsabdeckung aus Vorjahren	0,00	0	2.217.270,50-	2.217.271	0	0,00	2.217.271	0,00
21	**=**	**Veranschlagtes ordentliches Ergebnis**	**390.144,77-**	**7.300.290**	**8.865.929,95**	**1.565.640-**	**0**	**1.217.270,00-**	**2.782.910-**	**1.021.498,89-**
22	+	Außerordentliche Erträge	1.245.169,60	0	2.518,21	2.518-	0	0,00	2.518-	0,00
23	-	Außerordentliche Aufwendungen	1.991.783,90-	0	59.167,83-	59.168	0	0,00	59.168	0,00
24	**=**	**Veranschlagtes Sonderergebnis**	**746.614,30-**	**0**	**56.649,62-**	**56.650**	**0**	**0,00**	**56.650**	**0,00**
25	**=**	**Veranschlagtes Gesamtergebnis**	**1.136.759,07-**	**7.300.290**	**8.809.280,33**	**1.508.990-**	**0**	**1.217.270,00-**	**2.726.260-**	**1.021.498,89-**
26		nachrichtl.: Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0,00	0	8.865.929,95-	8.865.930	0	0,00	8.865.930	0,00
30		nachrichtl.: Fehlbetragsvortrag auf das ordentliche Ergebnis folgender Haushaltsjahre	390.144,77	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
33		nachrichtl.: Minderung des Basiskapitals zur Deckung eines Fehlbetrags beim Sonderergebnis	746.614,30	0	56.649,62	56.650-	0	0,00	56.650-	0,00

Gesamtfinanzrechnung
2013

Gesamtfinanzrechnung

lfd. Nr.		Gesamtfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2012 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2013 EUR	Ergebnis 2013 EUR	Vergleich Ansatz-Ergebnis EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs-übertragung aus 2012 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs-übertragung nach 2014 EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	459.894,33	450.000	1.062.669,12	612.669-	0	0,00	612.669-	0,00
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen (nicht für Investitionen) und allgemeine Umlagen	142.030.937,44	147.062.180	151.317.687,06	4.255.507-	0	0,00	4.255.507-	0,00
3	+	Sonstige Transfereinzahlungen	6.284.827,38	6.754.000	7.103.691,29	349.691-	0	0,00	349.691-	0,00
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte (ohne Investitionsbeiträge)	10.069.211,35	9.656.040	10.060.417,06	404.377-	0	0,00	404.377-	0,00
5	+	Privatrechliche Leistungsentgelte	608.270,73	523.760	590.431,37	66.671-	0	0,00	66.671-	0,00
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	15.477.742,86	19.813.790	18.071.738,93	1.742.051	0	0,00	1.742.051	0,00
7	+	Zinsen, Darlehensrückflüsse und ähnliche Einzahlungen	774.806,36	379.180	1.137.119,21	757.939-	0	0,00	757.939-	0,00
8	+	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	2.237.890,96	1.880.490	2.106.676,40	226.186-	0	0,00	226.186-	0,00
9	**=**	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**177.943.581,41**	**186.519.440**	**191.450.430,44**	**4.930.990-**	**0**	**0,00**	**4.930.990-**	**0,00**
10	-	Personalauszahlungen	42.679.437,33-	44.973.810-	43.711.219,42-	1.262.591-	0	0,00	1.262.591-	0,00
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	20.091.191,33-	21.805.300-	24.058.719,07-	2.253.419	0	49.813,00-	2.203.606	53.294,33-
13	-	Zinsen, Gewährung von Darlehen und ähnliche Auszahlungen	1.325.501,28-	1.368.060-	1.264.753,65-	103.306-	0	0,00	103.306-	0,00
14	-	Transferauszahlungen (ohne Investitionszuschüsse)	79.150.071,69-	78.954.740-	84.678.883,28-	5.724.143	0	0,00	5.724.143	0,00

Gesamtfinanzrechnung
EUR

lfd. Nr.		Gesamtfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2012 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2013 EUR	Ergebnis 2013 EUR	Vergleich Ansatz-Ergebnis EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs-übertragung aus 2012 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs-übertragung nach 2014 EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8
15	-	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	28.092.678,75-	28.844.280-	29.083.479,82-	239.200	0	1.167.457,00-	928.257-	968.204,56-
16	**=**	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**171.338.880,38-**	**175.946.190-**	**182.797.055,24-**	**6.850.865**	**0**	**1.217.270,00-**	**5.633.595**	**1.021.498,89-**
17	**=**	**Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**6.604.701,03**	**10.573.250**	**8.653.375,20**	**1.919.875**	**0**	**1.217.270,00-**	**702.605**	**1.021.498,89-**
18	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	3.580.679,54	478.650	201.583,46	277.067	0	0,00	277.067	215.500,00
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	12.141,27	11.000	319.380,00	308.380-	0	0,00	308.380-	0,00
21	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0,00	0	31.404,53	31.405-	0	0,00	31.405-	0,00
22	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0,00	1.000	0,00	1.000	0	0,00	1.000	0,00
23	**=**	**Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**3.592.820,81**	**490.650**	**552.367,99**	**61.718-**	**0**	**0,00**	**61.718-**	**215.500,00**
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	10.067,43-	90.000-	600.491,00-	510.491	0	0,00	510.491	0,00
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	5.548.531,67-	6.295.000-	4.811.620,15-	1.483.380-	0	4.019.000,00-	5.502.380-	5.342.332,00-
26	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.470.922,65-	1.328.700-	1.530.570,58-	201.871	0	434.812,00-	232.941-	455.941,80-
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	127.526,23	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
28	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	603.366,07-	3.299.160-	3.505.662,95-	206.503	0	3.900.000,00-	3.693.497-	3.600.000,00-

Gesamtfinanzrechnung
EUR

lfd. Nr.		Gesamtfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2012 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2013 EUR	Ergebnis 2013 EUR	Vergleich Ansatz-Ergebnis EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs-übertragung aus 2012 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs-übertragung nach 2014 EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8
30	**=**	**Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**7.505.361,59-**	**11.012.860-**	**10.448.344,68-**	**564.515-**	**0**	**8.353.812,00-**	**8.918.327-**	**9.398.273,80-**
31	**=**	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**3.912.540,78-**	**10.522.210-**	**9.895.976,69-**	**626.233-**	**0**	**8.353.812,00-**	**8.980.045-**	**9.182.773,80-**
32	**=**	**Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf**	**2.692.160,25**	**51.040**	**1.242.601,49-**	**1.293.641**	**0**	**9.571.082,00-**	**8.277.441-**	**10.204.272,69-**
33	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionen	12.955.960,00	2.934.720	0,00	2.934.720	0	0,00	2.934.720	0,00
34	-	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionen	3.534.495,03-	2.934.720-	2.731.479,14-	203.241-	0	0,00	203.241-	0,00
35	**=**	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit**	**9.421.464,97**	**0**	**2.731.479,14-**	**2.731.479**	**0**	**0,00**	**2.731.479**	**0,00**
36	**=**	**Finanzierungsmittelbestand**	**12.113.625,22**	**51.040**	**3.974.080,63-**	**4.025.121**	**0**	**9.571.082,00-**	**5.545.961-**	**10.204.272,69-**
37	+	Haushaltsunwirksame Einzahlungen (u.a. durchlaufende Gelder, Geldanlagen, Liquiditätskredite)	164.731.968,30		199.898.454,59					
38	-	Haushaltsunwirksame Auszahlungen (u.a. durchlaufende Gelder, Geldanlagen, Liquiditätskredite)	182.493.014,74-		188.804.519,45-					
39	**=**	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen**	**17.761.046,44-**		**11.093.935,14**					
40	+	Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	7.807.760,91		2.160.339,69					
41	+/-	Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln	5.647.421,22-		7.119.854,51					

Gesamtfinanzrechnung
EUR

lfd. Nr.		Gesamtfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2012 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2013 EUR	Ergebnis 2013 EUR	Vergleich Ansatz-Ergebnis EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs-übertragung aus 2012 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs-übertragung nach 2014 EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8
42	=	Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres	2.160.339,69		9.280.194,20					

Landratsamt Schwäbisch Hall | Münzstraße 1 | 74523 Schwäbisch Hall | www.lrasha.de